

«Die strategischen Herausforderungen ...» Fortsetzung von Seite 1

wo immer sie leben, gerecht wird, ein langer sein wird. Es wird auch ein gefährlicher Weg sein, mit vielen Hindernissen und Schlaglöchern.

Es ermutigt, dass die Uno-Generalversammlung trotzdem entschlossen zu sein scheint, diesen Weg zu gehen. Eine Mehrheit der Staaten und nichtstaatlicher Einrichtungen ist einfach nicht länger bereit, eine west-zentrisch beherrschte Welt zu akzeptieren.

Bereit steht ein wertvoller internationaler Handwerkskasten, der fast alles enthält, was für einen umfassenden Umbruch gebraucht wird.

Da ist langjährige Erfahrung auf allen Gebieten menschlichen Wissens, sowohl in

der Uno und ihren Sonderorganisationen, als auch in anderen multilateralen und nationalen Einrichtungen, die sich mit dem Ausbau von Institutionen für erneuerbare, friedliche, inklusive und gerechte Entwicklung befassen haben.

Reformvorschläge für neue internationale Finanzstrukturen gibt es seit langem.

Klimawandel-Wissenschaftler und Fachleute für Tradition und lokales Wissen stehen bereit, sich einzubringen.

Die Uno-Charta und die beiden Pakte für politische, bürgerliche, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte sind wertvolle Reformwegweiser für die Zukunft.

Da ist aber etwas Entscheidendes, ohne das weder eine neue Weltordnung noch eine reformierte Uno entstehen können: der politi-

sche Wille der Grossmächte, sich einstimmig für einen zukünftigen und menschlichen Multilateralismus zu bekennen.

Niemand kann erwarten, dass sich kurzfristig ein dramatischer Wandel von bilateralem Egoismus zu multilateralem Gemeinsinn vollziehen kann. Die gegenwärtig so zerstrittene Welt macht es selbst schwer, an die Utopie des Friedens zu glauben.

Dennoch: Der Reformschlüssel ist durch den Uno-Pakt geschmiedet.

Die apokalyptischen Gefahren, die der Welt auflauern – wie Klimawandel, Nuklearwaffen, Pandemien, Künstliche Intelligenz und Menschenwanderungen, bedingt durch Krisen, Verfolgung und Armut – sind weltweite Herausforderungen, die ausnahmslos alle 193 Uno-Mitgliedsstaaten betreffen.

Alle Länder, besonders aber China, die USA, Russland, und aufstrebende Mächte wie Indien und Brasilien, sollten diese Herausforderungen sehr ernst nehmen, nicht nur aus pragmatisch geopolitischen Gründen.

Hier besteht eine einmalige Gelegenheit, eine Überlebensgemeinschaft zu schaffen, mit dem hehren Ziel, dem Frieden auf der Welt näherzukommen.

Durch Zusammenarbeit würde es möglich, den multilateralen Teamgeist zu entwickeln, eine Versammlung von Nationen zu einer Allianz von vereinten Nationen, den United Nations, aufzubauen.

«Neues schaffen heisst Widerstand leisten. Widerstand leisten heisst Neues schaffen!»

Der grosse Franzose *Stéphane Hessel* darf nicht vergessen werden!

Pressemitteilung

Der Koordinierungsausschuss der Sonderverfahren der Vereinten Nationen verurteilt die US-Sanktionen gegen Francesca Albanese

Genf (10. Juli 2025) – Der Koordinierungsausschuss* der Sonderverfahren des Menschenrechtsrats hat heute die Sanktionen der US-Regierung gegen *Francesca Albanese*, Sonderberichterstatterin für die Menschenrechtslage in den seit 1967 Besetzten Palästinensischen Gebieten, wegen angeblicher Unterstützung des Internationalen Strafgerichtshofs bei Massnahmen gegen US-amerikanische oder israelische Beamte scharf verurteilt.

«Dies sind nicht nur Sanktionen gegen eine unabhängige Menschenrechtsexpertin, die vom UN-Menschenrechtsrat ernannt wurde. Vielmehr spiegeln sie den anhaltenden Angriff der aktuellen US-Regierung auf das gesamte UN-System und seine Grundwerte wider: Menschenrechte, Gerechtigkeit, Rechenschaftspflicht und Rechtsstaatlichkeit», erklärte der Ausschuss.

Der Ausschuss wies darauf hin, dass Francesca Albanese lediglich ihr Mandat des Menschenrechtsrats erfüllt habe, der die Sonderberichterstatterin ausdrücklich aufgefordert habe, Verstösse Israels gegen die Grundsätze und Grundlagen des Völkerrechts, des Humanitären

Völkerrechts und der *Genfer Konvention über den Schutz von Zivilpersonen in Kriegszeiten* in den seit 1967 von Israel Besetzten Palästinensischen Gebieten zu untersuchen. «Trotz sehr schwieriger Umstände, darunter Einschüchterungen und koordinierte persönliche Angriffe (auch gegen ihre Familienangehörigen), hat Albanese im Einklang mit dem Verhaltenskodex für Mandatsträger der Sonderverfahren gearbeitet», erklärten sie.

«Die Dokumentation und Aufdeckung schwerer Verstösse gegen die internationalen Menschenrechte und das Humanitäre Völkerrecht durch Israel und andere Akteure ist eine Arbeit, die von den Staaten unterstützt und nicht sanktioniert oder untergraben werden sollte. Wir begrüßen den Mut von Francesca Albanese, der Macht die Wahrheit zu sagen, und stehen ihr solidarisch zur Seite.»

«Trotz solcher Versuche, Mandatsträger der Sonderverfahren der Vereinten Nationen einzuschüchtern, werden wir weiterhin unabhängig und integer handeln, um unseren vom Menschenrechtsrat erteilten Auftrag zur Wahr-

nehmung der internationalen Menschenrechtsstandards zu erfüllen», erklärte der Ausschuss.

Sie betonten, dass Sanktionen Albanese oder andere Mandatsträger, die ihre legitime Arbeit tun, um alle Staaten und andere Akteure für Menschenrechtsverletzungen zur Rechenschaft zu ziehen, nicht zum Schweigen bringen werden.

«Angesichts einer derart offensichtlichen Missachtung und Verachtung der Menschenrechtsnormen zu schweigen, ist keine Option», erklärte der Ausschuss und forderte alle Staaten, den Menschenrechtsrat und die Mitglieder der internationalen Gemeinschaft auf, entschlossen zu handeln, um das multilaterale System zur Förderung und zum Schutz der Menschenrechte zu verteidigen und diesen ungerechtfertigten Angriff auf Francesca Albanese und das gesamte Menschenrechtssystem der Vereinten Nationen zu verurteilen.

«Die fortschreitende Aushöhlung des Menschenrechtssystems und seiner Mechanismen zur Rechenschaftspflicht kann nicht länger ignoriert werden», erklärte der Ausschuss.

* Der Koordinierungsausschuss ist ein Gremium aus sechs unabhängigen Experten, das die Arbeit der Sonderverfahren insgesamt koordiniert und erleichtert. Er setzt sich derzeit zusammen aus *Surya Deva*, Vorsitzender, Sonderberichterstatter für das Recht auf Entwicklung; *Jovana Jezdimirovic Ranito*, Vorsitzende und Berichterstatterin der Arbeitsgruppe zur Verwendung von Söldnern als Mittel zur Verletzung der Menschenrechte und zur Behinderung der Ausübung des Selbstbestimmungsrechts der Völker; *Siobhán Mullally*, Sonderberichterstatterin für Menschenhandel, insbesondere von Frauen und Kindern; *Tomoya Obokata*, Sonderberichterstatter für moderne Formen der Sklaverei, einschliesslich ihrer Ursachen und Folgen; *Alexandra Xanthaki*, Sonderberichterstatterin im Bereich kulturelle Rechte, und *Isha Dyfan* (von Amts wegen), Unabhängige Expertin für die Menschenrechtslage in Somalia.

Quelle: <https://www.un.org/unispal/document/silence-is-not-an-option-press-release-10jul25/>
(Übersetzung Zeit-Fragen)

«Sanktionen gegen ...» Fortsetzung von Seite 1

der Erklärung. Sie verbreite «unverhohlenen Antisemitismus», unterstütze Terrorismus und zeige «offene Verachtung für die Vereinigten Staaten, Israel und den Westen». Das zeige sich u. a. darin, dass sie dem Internationalen Strafgerichtshof empfohlen habe, «Haftbefehle gegen den israelischen Premierminister Benjamin Netanjahu und den ehemaligen Verteidigungsminister Yoav Gallant zu erlassen».

Sie habe zudem kürzlich «Drohbriefe an Dutzende Einrichtungen weltweit, darunter grosse amerikanische Unternehmen aus den Bereichen Finanzen, Technologie, Verteidigung, Energie und Gastgewerbe», verschickt, in denen sie «extreme und unbegründete Anschuldigungen» erhoben habe «und dem IStGH empfiehlt, Ermittlungen und Strafverfolgungsmassnahmen gegen diese Unternehmen und ihre Führungskräfte einzuleiten». Albanese betreibe Kampagnen der «politischen und wirtschaftlichen Kriegsführung», die die nationalen Interessen und Souveränität bedrohten und nicht toleriert würden, so der US-Aussenminister. Man werde «alle Massnahmen ergreifen», die man für notwendig erachte, um auf den «Lawfare» zu reagieren, man werde die eigene Souveränität und «die unserer Verbündeten» schützen.

Einen Nerv getroffen

Francesca Albanese reagierte in einer ersten kurzen Stellungnahme gegenüber dem katarischen Nachrichtensender *al-Jazira* mit einer Textnachricht: «Kein Kommentar zu Einschüchterungstechniken im Stil der Mafia. Ich bin damit beschäftigt, die (UN-)Mitgliedsstaaten an ihre Verpflichtung zu erinnern, Völkermord zu stoppen und zu bestrafen. Und diejenigen, die davon profitieren.»

Tags darauf sagte sie in einem Interview mit dem Internetportal *Middle East Eye*, sie habe offenbar «einen Nerv getroffen»⁴. Auf die Frage des Moderators, wie es ihr gehe, erklärte sie, sie sorge sich um die Menschen, «die in Gaza sterben, während wir hier sprechen. Und die Vereinten Nationen sind völlig unfähig zu intervenieren.» Sie habe dem Internationalen Strafgerichtshof in ihrer Eigenschaft als UN-Expertin die Einleitung von strafrechtlichen Massnahmen empfohlen.

Die US-Administration zerstöre ein internationales Rechtssystem, «das uns alle schützt», so Albanese. Washington untergrabe «das Fundament der multilateralen Ordnung». Sie sparte nicht mit Kritik an der Tatenlosigkeit der Vereinten Nationen und sagte, es gebe 193 Mitgliedsstaaten in den Vereinten Nationen und «wir heissen Vereinte Nationen und nicht Vereinigte Staaten».

Stephane Dujarric, Sprecher von UN-Generalsekretär *António Guterres*, bezeichnete es als «gefährlichen Präzedenzfall», Sanktionen gegen eine Sonderberichterstatterin (des UN-Menschenrechtsrates) zu verhängen. Der UN-Hochkommissar für Menschenrechte, *Volker Türk*, forderte die US-Administration auf, die Sanktionen gegen Albanese «sofort» aufzuheben. Sie richteten sich «gegen die Arbeit, die sie im Zuge ihres Mandats vornimmt, und zwar die Lage der Menschenrechte in den Besetzten Palästinensischen Gebieten», so Türk. Die USA hatten bereits Anfang Juli gefordert, dass Albanese von ihrem Posten entfernt werden solle.

Der Auslandskorrespondent und langjährige Leiter des Büros der «New York Times» im Mittleren Osten, *Chris Hedges*, schrieb unmittelbar nach Bekanntwerden der US-Sanktionen gegen Albanese⁵, «wenn die Geschichte des Völkermords in Gaza geschrieben wird, wird Francesca Albanese als eine der mutigsten und offensten Verfechterinnen der Gerechtigkeit und der Einhaltung des Völkerrechts in Erinnerung bleiben».

Sie erhalte Morddrohungen und werde mit Lügenkampagnen überzogen, bei denen Israel und seine Verbündeten den Taktstock schwängen. Sie prangere die «moralische und politische Charakterlosigkeit der Weltgemeinschaft» an, die zulasse, dass der Völkermord an den Palästinensern und ihre Vertreibung anhalte. Sie werde ihrer Aufgabe als Sonderberichterstatterin gerecht, indem sie Berichte über Kriegsverbrechen in Gaza und im Westjordanland dokumentiere, darunter den Bericht «Völkermord als koloniale Auslöschung».⁶

Klartext gegen Täuschung

Die engagierte italienische Anwältin spricht Klartext. Seit Monaten weist sie darauf hin, dass Staaten, Regierungen und Unternehmen, die trotz des Krieges gegen die schutzlosen Palästinenser im Gaza-Streifen ihre Zusam-

menarbeit mit und Unterstützung von Israel nicht einstellten, eines Tages mit einer Anklage wegen Unterstützung von Völkermord konfrontiert sein könnten. Europäische Staatschefs, einschliesslich die EU-Kommissionschefin *Ursula von der Leyen*, wies sie auf die möglichen strafrechtlichen Konsequenzen der politischen Unterstützung Israels angesichts des Vernichtungskrieges gegen Gaza hin.

Am 30. Juni hatte Albanese ihren jüngsten Bericht veröffentlicht, in dem mehr als 60 internationale Unternehmen, darunter Technologiekonzerne wie *Google*, *Amazon*, *Microsoft*, aber auch Finanzunternehmen, genannt werden, die mit ihrer Kooperation mit Israel nicht nur von der «völkerrechtswidrigen Besetzung» palästinensischer Gebiete profitiert hätten, sondern jetzt auch vom Völkermord in Gaza. «Die Transformation der israelischen Besatzungsökonomie in eine Ökonomie des Völkermords»⁷, so ist der Bericht überschrieben.

In dem Bericht fordert Albanese den Internationalen Strafgerichtshof und die Justiz in den UN-Mitgliedsstaaten auf, gegen die in dem Bericht genannten Unternehmen und deren Vorstände Untersuchungen wegen des Verdachts auf Unterstützung des Völkermords an den Palästinensern einzuleiten. Die Vereinten Nationen rief sie auf, Sanktionen gegen Israel zu verhängen und dessen Vermögen einzufrieren. Vorgesehen ist das u. a. in der UN-Charta, Artikel 7.

Bundesregierung, Bundestagsparteien und die grossen sogenannten «Qualitäts»-Medien in Deutschland unternehmen trotz der ausführlichen Dokumentation von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit durch die israelische Regierung und Armee nichts. Auf EU-Ebene setzten sich kürzlich deutsche Regierungsvertreter, selbst der Kanzler und eine EU-Antisemitismusbeauftragte sogar ausdrücklich für die weitere Unterstützung und den Schutz Israels⁸ ein.

Angesichts zunehmender Kritik von anderen EU-Staaten versucht die Bundesregierung, den Wind aus den Segeln zu nehmen, indem sie Handeln vortäuscht und sich «offen zeigt» gegenüber einer angeblich «steigenden Chance für Waffenruhe» und für einen Arbeitsauftrag an die Aussenminister der EU-Staaten, die am 15. Juli 2025 über einen Prüf-

bericht und mögliche Konsequenzen daraus (gegenüber Israel) beraten sollen.

Der langjährige «Haaretz»-Korrespondent aus den Besetzten Palästinensischen Gebieten, *Gideon Levy*, spricht angesichts der Pläne der israelischen Regierung, eine sogenannte «humanitäre Stadt» auf den Trümmern der süd-palästinensischen Stadt Rafah zu errichten, von wo Palästinenser deportiert werden sollen, von einem «Konzentrationslager»⁹.

«Es gäbe keine andere Möglichkeit, (diese Pläne) zu beschreiben, als dass dort ein Konzentrationslager errichtet werden soll», sagt Levy im Interview mit dem katarischen Nachrichtensender *al-Jazira* (11.7.2025). Es sei «wirklich schwer vorzustellen, dass das 80 Jahre nach dem Holocaust geschieht». Verteidigungsminister *Katz*, der diese «verrückte und teuflische Idee entwickelt hat», sei selbst ein Nachfahre von Überlebenden des Holocaust, so Levy. Die meisten Israeli hätten alle Menschlichkeit gegenüber Gaza verloren.

Konzentrationslager in Gaza?! In Deutschland scheinbar kein Problem. Hier feiert man das deutsch-israelische Jubiläumjahr¹⁰. 60 Jahre israelisch-deutsche diplomatische Beziehungen, gemeinsame Werte und die «strategische Partnerschaft» mit Israel, die «nur von den USA übertroffen» wird. •

¹ <https://www.foreignaffairs.com/united-states/might-unmakes-right-hathaway-shapiro>

² <https://www.state.gov/releases/office-of-the-spokesperson/2025/07/sanctioning-lawfare-that-targets-us-and-israeli-persons/>

³ <https://www.federalregister.gov/documents/2025/02/12/2025-02612/imposing-sanctions-on-the-international-criminal-court>

⁴ <https://www.middleeasteye.net/news/francesca-albanese-defiant-face-trump-sanctions>

⁵ <https://chrishedges.substack.com/cp/167974955>

⁶ <https://www.un.org/unispal/document/genocide-as-colonial-erasure-report-francesca-albanese-01oct24/>

⁷ <https://www.ohchr.org/en/documents/country-reports/ahrc5923-economy-occupation-economy-genocide-report-special-rapporteur>

⁸ <https://euobserver.com/eu-and-the-world/arr349d1cbc>

⁹ https://www.youtube.com/watch?v=5sDnSuj5_uA

¹⁰ <https://www.diplo.news/articles/deutsch-israelisches-jubiläumjahr>

Erstveröffentlichung <https://www.nachdenkseiten.de/?p=135981> vom 14.7.2025

Erst ein «gemeinsames Haus» wird Europa Frieden bringen

von Alison Katz*, Genf



Alison Katz
(Bild zvg)

In einer Rede vor dem *Europarat* am 6. Juli 1989 stellte *Michail Gorbatschow*, Generalsekretär des ZK der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, sein Projekt für den Aufbau eines «Gemeinsamen Europäischen Hauses»¹ vor, das Russland einschliessen, aber kein

feindliches Militärbündnis enthalten würde (d. h. weder den Warschauer Pakt noch die Nato). Am 17. Dezember 2021 legte *Wladimir Putin* zwei Vorschläge² für einen gesamteuropäischen Vertrag über gegenseitige Sicherheit zur Verhandlung vor, einen zwischen Russland und den Vereinigten Staaten und einen zwischen Russland und der Nato.

Die legitimen Sicherheitsbedenken und Vorschläge für Sicherheitsgarantien, die von den beiden Führern im Abstand von 32 Jahren unterbreitet wurden, wurden vom Westen³ in arroganter und unverantwortlicher Weise ignoriert, mit dem vorhersehbaren Ergebnis, das wir heute sehen.

Ungefähr eine Million Menschen sind gestorben oder verletzt worden⁴, und ein Land (noch eines!) liegt zerstört da ... für nichts. Dieser Krieg war, wie viele andere auch, völlig vorhersehbar und daher vermeidbar.

«Um künftige Generationen vor der Geissel des Krieges zu bewahren»⁵

Diplomatie für den Frieden ist die Politik der Wahl für Antimilitaristen und alle, die für soziale Gerechtigkeit kämpfen, für die das Wohlergehen und die Sicherheit der Völker, wo auch immer sie leben, Vorrang haben. Wobei zu berücksichtigen ist, dass ihre jeweiligen Regierungen ihre Interessen selten vertreten, insbesondere wenn sie Kriege führen. Angesichts der heutigen realen Gefahr einer nuklearen Eskalation muss die Diplomatie für den Frieden gemäss der *Charta der Vereinten Nationen* wieder zur absoluten und unmittelbaren Priorität für Regierungen aller Couleur werden.

Diplomatie für den Frieden bedeutet, die Anliegen eines geschädigten Landes oder eines zu einem Angriff bereiten Staates durch Verhandlungen anzugehen, um Krieg zu vermeiden – unabhängig davon, «wer angefangen hat». Wie wir in den letzten drei Jahren in der Ukraine gesehen haben, war Diplomatie für den Frieden nicht nur aus dem Diskurs der westlichen Staats- und Regierungschefs verschwunden, sondern mehr oder weniger verboten. Dies ist ein weiteres Beispiel für die Missachtung demokratischer Prinzipien, da die Menschen in Westeuropa – wenn sie gefragt werden – sich mit überwältigender Mehrheit für den Frieden aussprechen.

Um einen Krieg in der Ukraine zu vermeiden, musste man unbedingt wissen, was Russland wollte⁶ und was die Ukraine (nicht die USA, Grossbritannien oder die EU) zu akzeptieren bereit war. Die Antwort auf die erste Frage ist sehr einfach: dass dieses Land neutral bleibt (wie versprochen) und dass die Minsker Vereinbarungen (unterzeichnet von Russland, der Ukraine, Deutschland und Frankreich) eingehalten werden (Autonomie für den Donbass innerhalb der Ukraine). Die Antwort auf die zweite Frage: *Selenski* (nicht *Biden*, nicht *Johnson*, nicht *von der Leyen*) hat wiederholt zum Ausdruck gebracht, dass er eine Lösung bevorzugt, die den Verlust von Menschenleben vermeidet, sei es durch Neutralität oder durch Gebietsverluste.⁷ Ausserdem standen Kiew und Moskau mehrmals kurz vor einer

Einigung; die Verhandlungen wurden von Washington und London gestoppt.⁸

Gorbatschow verehrt, aber verraten; Putin verabscheut und abgelehnt

Ein wenig historischer Kontext ist angebracht. Der Zusammenbruch der UdSSR erfolgte ohne Gewalt. Die Länder Osteuropas konnten sich ohne Widerstand befreien; ihr Recht auf Unabhängigkeit wurde anerkannt. Andererseits bestanden Gorbatschow und alle russischen Führer seither auf der Bedeutung der Neutralität der Nachbarländer, insbesondere der Ukraine und Georgiens. Gorbatschow wurden tatsächlich Versprechungen gemacht. Grundsätzlich konnte ein vereinigtes Deutschland der Nato beitreten, aber im Gegenzug sollte es keine Ost-Erweiterung geben.⁹ Seit seinem Amtsantritt im Jahr 2000 hat Putin Dutzende von Versuchen unternommen, sich dem Westen anzunähern. Er schlug sogar vor, dass Russland der Nato beitreten könnte!¹⁰ Alle seine Versuche wurden brüskiert und mit Verachtung zurückgewiesen. Ein schwerer Fehler in der Diplomatie.

Putins Reaktion auf die Nato-Erweiterung war eher zurückhaltend

Trotz der gebrochenen Versprechen erhob Russland keine (ausdrücklichen) Einwände, als die ersten drei Länder (Polen, Ungarn und die Tschechische Republik) der Nato beitraten (1999). Es akzeptierte sogar den Nato-Beitritt (2004) von sieben weiteren osteuropäischen Ländern, darunter die baltischen Staaten.

Erst im Jahr 2007¹¹ äusserte Putin starke Einwände: «Die Nato-Erweiterung stellt eine ernsthafte Provokation dar, die das gegenseitige Vertrauen verringert. [...] Und wir dürfen uns fragen, gegen wen sich diese Erweiterung richtet? Was ist aus den Zusicherungen geworden, die unsere westlichen Partner nach der Auflösung des Warschauer Paktes gegeben haben?» Es war Putin, der bei dieser Veranstaltung als Provokateur, als Kriegstreiber bezeichnet wurde ... und nicht *Bush* (junior), der (2008) gegen den Rat seiner hochrangigen Berater und zahlreicher Analysten den Beitritt der Ukraine zur Nato «verkündete».

Was schlug Russland im Dezember 2021 vor?

Am 17. Dezember 2021 legte das russische Aussenministerium den Vereinigten Staaten und den Nato-Mitgliedern zwei Dokumente zur Verhandlung vor: den Entwurf eines Vertrags zwischen den Vereinigten Staaten und der Russischen Föderation über Sicherheitsgarantien und den Entwurf eines Abkommens über Massnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit der Russischen Föderation und der Mitgliedsstaaten der Nato. Russlands Vorschläge wurden vom Westen sofort als unannehmbar, provokativ und sogar skandalös zurückgewiesen.

Der Inhalt der Texte fand in den Medien kaum Beachtung und wurde wie folgt zusammengefasst: keine weitere Ausdehnung der Nato nach Osten und keine Militärlagerstützpunkte auf dem Gebiet der ehemaligen sowjetischen Staaten, die nicht Mitglied der Nato sind (Artikel 4 des Vertrags). In Wirklichkeit gehen die beiden Dokumente weit über diese beiden Punkte hinaus und zielen auf ein umfassendes Abrüstungs-/Entmilitarisierungsprojekt und eine gesamteuropäische Struktur der gegenseitigen Sicherheit ab.

Sind wir wirklich so weit entfernt von der Vision Gorbatschows und anderer, darunter *de Gaulle*, *Václav Havel* und zeitweise auch *Macron*, von einem souveränen Europa – in Frieden – mit einer autonomen Verteidigungsstrategie? Oder gar von der «euro-atlantischen Gemeinschaft, die sich östlich von Vancouver bis Wladiwostok erstreckt», die von den USA 1991 vorgeschlagen und von allen Parteien begrüsst wurde?¹²

Für Bürger, deren oberste Priorität darin besteht, einen Krieg zu vermeiden, scheinen die beiden Dokumente zumindest eine Verhandlungsgrundlage zu bieten. Für diejenigen, die die Ost-Erweiterung der Nato (von 12 Mitgliedern im Jahr 1998 auf 30 im Jahr 2022) und ihr Fortbestehen seit dem Zusammenbruch der UdSSR als unnötige Provokation und Bedrohung der gesamteuropäischen Sicherheit ansehen, erscheinen sie vernünftig. Auch heute noch stellen sie möglicherweise die beste Hoffnung für langfristigen, nachhaltigen Frieden und Sicherheit in ganz Eurasien dar.

Die Medien, darunter «Le Monde» und der «Guardian», haben die Texte falsch wiedergegeben

Die Medien «informierten» die Öffentlichkeit, dass die Vorschläge «inakzeptabel» seien, lieferten aber keine Erklärung. Die Texte wurden irreführenderweise als eine Reihe einseitiger Forderungen Russlands dargestellt, obwohl die Verpflichtungen mit Ausnahme von Artikel 4 des Vertrags (siehe oben) zwischen den USA und Russland für beide Parteien gelten.

Einige wichtige Punkte wurden sogar in seriösen Zeitungen falsch dargestellt. Der «Guardian» berichtete beispielsweise, dass Russland (im Entwurf des Abkommens) fordere, «dass die Nato alle Truppen oder Waffen abzieht, die in Ländern stationiert sind, die dem Bündnis nach 1997 beigetreten sind, wozu ein Grossteil Osteuropas, einschliesslich Polens, der ehemaligen Sowjetstaaten Estland, Litauen, Lettland und der Balkanländer gehören».¹³ Das ist zwar richtig, lässt aber den wesentlichen Punkt aus, dass die Verpflichtung auch für Russland gilt.¹⁴

«Le Monde» titelte: «In den beiden vorgelegten Verträgen wird insbesondere vorgeschlagen, jede weitere Erweiterung des Atlantischen Bündnisses sowie die Einrichtung amerikanischer Militärlagerstützpunkte in den Ländern des ehemaligen sowjetischen Raums zu verbieten.»¹⁵ Indem «Le Monde» das Ende des Satzes auslässt, das lautet, «die nicht Mitglied der Nato sind», führt sie den Leser über den Inhalt von Artikel 4 des Vertrags in die Irre, der die Einrichtung von US-Militärlagerstützpunkten in der Ukraine und in Georgien betrifft und nicht in einem der 14 Staaten, die Russland umgeben und der Nato seit 1999 beigetreten sind.

Solche Auslassungen sind bedeutsam. Sie dienen zweifellos dazu, die kategorische Ablehnung der Vorschläge durch die meisten westlichen Staats- und Regierungschefs zu rechtfertigen und die öffentliche Meinung davon zu überzeugen, dass Russland keine Verhandlungsbasis bietet.

Endlose (Stellvertreter-)Kriege oder eine gemeinsame Sicherheitsstruktur für nachhaltigen Frieden?

Bereits im Jahr 2022 stellte die «New York Times» fest: «Ein entscheidender militärischer Sieg der Ukraine über Russland, bei dem die Ukraine alle Gebiete, die Russland seit 2014 erobert hat, zurückerobert, ist kein realistisches Ziel. [...] Letztendlich müssen die Ukrainer die harten Entscheidungen treffen», denn sie sind diejenigen, die «kämpfen, sterben und ihre Häuser verlieren». Echte Verhandlungen werden «schmerzhaft territoriale Entscheidungen» erfordern, die auf einer «realistischen Einschätzung der Frage beruhen müssen, wie viel Zerstörung die Ukraine noch verkraften kann».¹⁶

In der Tat ist es an den Ukrainern, sich zu entscheiden, wobei zu berücksichtigen ist, dass dieses Land tief gespalten ist – und sei es nur in der Frage der Nato. Im Jahr 2019 lag die Unterstützung der ukrainischen Bevölkerung für einen Nato-Beitritt des Landes bei etwa 40%.¹⁷

Die Anerkennung der legitimen Sicherheitsbedenken aller Länder, einschliesslich Russlands, das nun von Mitgliedsstaaten eines offenen feindlich gesinnten Militärbündnisses eingekreist ist, wäre ein erster Schritt zu nachhaltigem Frieden. Es ist erwähnenswert, dass Putin kein einziges Land auffordert, die Nato zu verlassen. Gorbatschow, der im Westen immer noch verehrt wird, wollte sie auflösen. Es ist auch erwähnenswert, dass Gorbatschow die Annexion der Krim gebilligt hat, ein Gebiet, das er mit einigem Recht als russisch betrachtete.

Wohlfahrt statt Krieg¹⁸ in einem gemeinsamen europäischen Haus

Europa wird derzeit von kriegslüsternden Führern, die von ihrem einstigen «Beschützer» zurückgewiesen und verachtet werden und die verzweifelt befürchten, dass ihnen die Kriegsbeute in Form der strategischen Bodenschätze der Ukraine entzogen wird, zu einer massiven Aufrüstung und möglicherweise zu einem Atomkrieg getrieben.

Die grosse Mehrheit der europäischen Bürger will weder Aufrüstung noch Krieg, und

Gegen das Faustrecht

Michail Gorbatschow wollte die Front durch Europa aufweichen und leitete eine Reform ein, die das Ende des Kalten Krieges und schliesslich sogar die Auflösung der UdSSR herbeiführte. Er setzte darauf, dass die westlichen Partner diesen Vertrauensvorschuss aufgreifen und mit den Ländern des ehemaligen Warschauer Paktes eine gemeinsame Sicherheitsarchitektur, ein «Gemeinsames Europäisches Haus» errichten würden. Aber er wurde herb enttäuscht. Und mit ihm alle Europäer, die auf dem reichhaltigen gemeinsamen kulturellen Fundament weiter aufbauen wollten.

Der atlantische Westen sah sich als Sieger über den sozialistischen Feind und verfolgte eine Politik der globalen Machtprojektion, wie es hiess: «full spectrum dominance». In dieser Weltordnung sollte Russland lediglich als Rohstofflieferant dienen. Als am Ende der Ära *Jelzin* *Wladimir Putin* die Ausplünderung seines Landes zu stoppen begann, wurde er vom Westen als Feind betrachtet. Ab diesem Zeitpunkt begann man dort vom wirtschaftlichen zum militärischen Krieg zu wechseln. Dies geschah, lange bevor Putin 2007 in seiner Münchner Rede davor warnen sollte.

Der amerikanische Unilateralismus versuchte alles niederzuwalzen, was ihm im Weg stand. Dabei wurde das Völkerrecht gebrochen und jedes Vertrauen zunichte gemacht. Anstelle der Uno-Charta gilt heute eigentlich nur noch das Faustrecht, wie schon 1993 der deutsche General *Naumann* sagte: «Es gelten nur noch zwei Währungen in dieser Welt: wirtschaftliche Macht und militärische Mittel, sie durchzusetzen.» (*Der Spiegel* vom 18.1.1993)

Heute bleibt uns nur, diesen Weg ins Verderben zu verlassen und eine Welt einzurichten, in der alle Glieder der Menschheitsfamilie ein Daseinsrecht haben.

Urs Graf

der Widerstand gegen von der Leyens 800-Milliarden-Euro-Projekt zur Aufrüstung Europas wächst. Dies ist die perfekte Gelegenheit, dauerhaften Frieden und Sicherheit durch ein gemeinsames europäisches Haus von Brest bis Wladiwostok zu präsentieren und zu fördern – ohne ein feindliches Militärbündnis darin.

¹ <https://perspective.usherbrooke.ca/bilan/servlet/BMDictionnaire/1644>

² https://mid.ru/ru/foreign_policy/rso/nato/1790803/?lang=en

³ Von jedem US-Präsidenten seit *Clinton*. *Bush* (senior) respektierte sie.

⁴ *Bojan Pancevski*. *The Wall Street Journal* vom 17.9.2024; <https://www.wsj.com/world/one-million-are-now-dead-or-injured-in-the-russia-ukraine-war-b09d04e5>

⁵ Einleitende Worte der Präambel der *Charta der Vereinten Nationen*

⁶ Die Anerkennung der Unrechtmässigkeit der russischen Invasion schliesst Beschwichtigungsversuche weder aus noch verhindert sie sie.

⁷ Interview mit *Selenski* im *Economist* vom 28.3.2022

⁸ *Glenn Diesen*. *The Ukraine War & the Eurasian World Order*. Clarity Press 2024

⁹ *Philippe Descamps*. «L'OTAN ne s'étendra pas un pouce vers l'Est». In: *Le Monde Diplomatique*, September 2018

¹⁰ *Hélène Richard*. «Quand la Russie rêvait d'Europe». In: *Le Monde Diplomatique*, September 2018.

¹¹ *Münchner Sicherheitskonferenz*, März 2007

¹² <https://www.washingtonpost.com/archive/politics/1991/06/19/baker-pledges-allied-support-for-e-europe-soviet-reforms/91629820-bbaf-4a1f-abcc-d52fb8ebd2a2/0>

¹³ <https://www.theguardian.com/world/2021/dec/17/russia-issues-list-demands-tensions-europe-ukraine-nato>

¹⁴ «Die Russische Föderation und alle Vertragsparteien, die am 27. Mai 1997 Mitgliedsstaaten der Nordatlantikvertrags-Organisation waren, werden keine militärischen Streitkräfte und Waffen auf dem Hoheitsgebiet eines der anderen Staaten in Europa zusätzlich zu den Streitkräften stationieren, die am 27. Mai 1997 auf diesem Gebiet stationiert waren.»

¹⁵ https://www.lemonde.fr/international/article/2021/12/17/la-russie-presente-ses-exigences-pour-limiter-l-influence-de-l-otan-et-des-etats-unis-dans-son-voisinage_6106489_3210.html

¹⁶ Editorial Board. «Der Krieg in der Ukraine wird immer komplizierter und Amerika ist nicht bereit». In: *The New York Times* vom 19. Mai 2022.

¹⁷ *Wolodymyr Ischtschenko*. «Dem Abgrund entgegen». In: *New Left Review* 133/134, Januar/April 2022

¹⁸ «Stop ReArm Europe: Wohlfahrt statt Krieg». Zu dieser wachsenden Koalition gehören das *Transnational Institute*, das *International Peace Bureau*, die *Women's International League for Peace and Freedom*, *Attac Spanien*, die *Stop the War Coalition*.

* *Alison Katz* arbeitete 20 Jahre als Redakteurin für die WHO. Sie ist Mitglied des *People's Health Movement*, einer internationalen Vereinigung von Gesundheitsfachleuten, die sich für soziale Gerechtigkeit und einen menschenrechtsbasierten Ansatz im Gesundheitswesen einsetzen und versucht, die Weltgesundheitsorganisation wieder zu ihrem ursprünglichen Verfassungsauftrag zurückzuführen. Im Rahmen der Initiative «Independent WHO» setzte sie sich gegen die Unterordnung der WHO unter die *Internationale Atomenergie-Organisation* ein, die die internationale Gesundheitsbehörde daran hindert, unabhängig in bezug auf die gesundheitlichen und ökologischen Folgen der Kernenergie (zivil und militärisch) zu handeln (2007–2017). Insbesondere ist die WHO an der Vertuschung der gesundheitlichen Folgen von Tschernobyl und Fukushima beteiligt. Sie ist britische und Schweizer Staatsbürgerin und lebt seit 1979 in Genf.

80 Jahre Vereinte Nationen

BRICS, die Uno-Charta und warum sich der Westen bedroht gibt

Zum XVII. BRICS-Gipfel in Brasilien

von Karl-Jürgen Müller

Der diesjährige Gipfel der BRICS-Staaten im brasilianischen Rio de Janeiro vom 6.–7. Juli hat viel Aufmerksamkeit auf sich gezogen. Aber sehr unterschiedliche.

Der Mainstream im Westen schwankte zwischen Verdammung («Gipfel der Schurkenstaaten. Das planen Putin, Xi und die Mullahs gegen uns») schrieb das deutsche Massenblatt «Bild» am 6. Juli) und Madig-Machen (so titelte die «Neue Zürcher Zeitung» vom 5. Juli über den diesjährigen Vorsitzenden der BRICS, den brasilianischen Präsidenten *Lula da Silva*: «Glücklos auf globaler Bühne, ideenlos daheim») und am 7. Juli: «Der Mythos von BRICS zerbröckelt», und die *ARD-Tagesschau* meinte am 6. Juli: «BRICS-Gipfel in Brasilien: Treffen der Uneinigten»). Auch die während des BRICS-Gipfels ausgesprochene Drohung des US-Präsidenten, alle Länder, die bei der «antiamerikanischen Politik von BRICS mitmachen», mit 10 Prozent Strafzoll zu belegen, *Trumps* Lobhudelei auf den ehemaligen brasilianischen Präsidenten *Bolsonaro*, die Bezeichnung des gegen *Bolsonaro* anstehenden Gerichtsverfahrens als «Hexenjagd», die Entgleisung, der russische Präsident rede «Bullshit», und die Ankündigung, neue Waffen an die Ukraine zu liefern, sind wohl auch Reaktionen auf den BRICS-Gipfel.

In fast allen nichtwestlichen Ländern, also im grössten Teil der Welt, sieht dies ganz anders aus. Hier überwiegt die Hoffnung, dass mit BRICS etwas entstanden und im Wachstum begriffen ist, das dabei mithelfen kann, die formulierten Ziele der vor 80 Jahren gegründeten Vereinten Nationen doch noch Schritt für Schritt zu verwirklichen. Ja, wer die Reden des diesjährigen BRICS-Gipfels hört und liest, wer die vielen Bilder des Miteinanders sieht, wer die umfangreiche Schlussklärung (31 Seiten mit 126 Punkten, siehe den Auszug im Kasten unten) gründlich studiert, wer die positiven Reaktionen aus aller Welt analysiert, der erkennt,



Plenarsitzung des BRICS-Gipfels in Rio de Janeiro 2025. (Bild BRICS.br)

km. BRICS ist ein auf den Grundsätzen der Gleichberechtigung und staatlichen Souveränität beruhender Zusammenschluss nichtwestlicher Länder. Erklärter Zweck ist die für alle gewinnbringende Kooperation und das Anliegen, der Stimme des Globalen Südens und Ostens in der Weltpolitik mehr Gehör zu verschaffen. 2006 gegründet durch Brasilien, Russland, Indien und die Volksrepublik China, wurde der Verbund 2010 um Südafrika erweitert. Ein erstes Gipfeltreffen gab es 2009 im russischen Jekaterinburg. Ausgangspunkt der Gründung war das Anliegen, eine Alternative

dass hier kein neues Kriegsbündnis, kein neuer «Block» gegen irgendein anderes Land der Welt geschmiedet wurde oder wird ..., sondern dass BRICS der Versuch ist, Frieden und Gerechtigkeit, Wohlstand und Wohlbefinden, Schutz von Kultur und Natur und vieles mehr zu fördern –

Was ist BRICS?

native zum US-dominierten System von *Bretton Woods* mit seinen Institutionen *Internationaler Währungsfonds* (IWF) und *Weltbank* aufzubauen. In der Weltfinanzkrise 2008 war dessen Scheitern manifest geworden. Seit ihrer Gründung sind bei BRICS-Gipfeln und BRICS-Erklärungen immer mehr Lebensbereiche hinzugekommen, die weit über wirtschaftliche Fragen hinausgehen.

Seit dem 1. Januar 2024 zählen zu den BRICS-Staaten neben dem namensgebenden Mitgliedern Brasilien (B), Russland (R), Indien (I), China (C) und Südafrika (S) nun auch Ägypten, Äthio-

pien, der Iran und die Vereinigten Arabischen Emirate. Mit Jahresbeginn 2025 ist Indonesien als weiteres Vollmitglied hinzugekommen. Zudem gibt es zehn Partnerländer, die Teilnahmerecht an den Beratungen von BRICS haben: Belarus, Bolivien, Kasachstan, Kuba, Malaysia, Thailand, Uganda, Usbekistan, Nigeria und Vietnam. Zahlreiche weitere Länder bemühen sich um eine Mitgliedschaft bzw. engere Zusammenarbeit mit BRICS und nehmen auch an den BRICS-Gipfeln teil. Wie schon im letzten Jahr in Russland nahm auch dieses Jahr der Generalsekretär der Vereinten Nationen am BRICS-Gipfel teil.

Die zehn BRICS-Staaten vertreten 48,6 Prozent der Weltbevölkerung, 30,3 Prozent des nominalen und 38,3 Prozent des nach Kaufkraftparität berechneten weltweiten BIP. Mit dem Wert 0,7 ist der Index der menschlichen Entwicklung HDI (Human Development Index) relativ hoch. Mehr Zahlen zu BRICS findet man auch bei uns im Westen, zum Beispiel beim deutschen Statistischen Bundesamt (https://www.destatis.de/DE/Themen/Laender-Regionen/Internationales/Thema/alle-gemeines-regionales/BRICS/_inhalt.html).

Zu BRICS gehört auch die in Shanghai ansässige *New Development Bank*, die sich zum Ziel gesetzt hat, unabhängig von IWF, Weltbank und US-Dollar sowie ohne politische Auflagen Kredite an Länder des Globalen Südens und Ostens zu vergeben.

BRICS hat keinen bürokratischen Überbau. Jährlich wechselt der Vorsitz. Und im Land des jeweiligen Vorsitzes finden auch die Konferenzen zu verschiedenen Sachthemen und die jährlichen Gipfel statt.

Die Unterstellung, BRICS sei ein gegen den Westen gerichteter «Block» unter der Führung von China und Russland, ist eine Chimäre westlicher Feindbild-Erzählung. In Rio de Janeiro

Fortsetzung auf Seite 5

Erklärung von Rio de Janeiro: Stärkung der Zusammenarbeit im Globalen Süden für eine integrativere und nachhaltigere Regierungsführung (Auszüge)

Rio de Janeiro, Brasilien, 6. Juli 2025

2. Wir bekräftigen unser Bekenntnis zum BRICS-Geist der gegenseitigen Achtung und des Verständnisses, der souveränen Gleichheit, der Solidarität, der Demokratie, der Offenheit, der Inklusivität, der Zusammenarbeit und des Konsenses. Auf der Grundlage von 17 Jahren BRICS-Gipfeltreffen verpflichten wir uns, die Zusammenarbeit in den erweiterten BRICS im Rahmen der drei Säulen der politischen und sicherheitspolitischen, der wirtschaftlichen und finanziellen, der kulturellen und der zwischenmenschlichen Zusammenarbeit zu verstärken und unsere strategische Partnerschaft zum Wohle unserer Völker durch die Förderung des Friedens, einer repräsentativeren und gerechteren internationalen Ordnung, eines wiederbelebten und reformierten multilateralen Systems, einer nachhaltigen Entwicklung und eines integrativen Wachstums auszubauen.

5. Wir bekräftigen unser Engagement für die Reform und Verbesserung der Weltordnungspolitik durch die Förderung eines gerechteren, ausgewogeneren, flexibleren, wirksameren, effizienteren, reaktionsfähigeren, repräsentativeren, legitimeren, demokratischeren und rechenschaftspflichtigeren internationalen und multilateralen Systems im Geiste umfassender Konsultationen, gemeinsamer Beiträge und gemeinsamer Vorteile. [...]

In Anbetracht der Notwendigkeit, die derzeitige Architektur der internationalen Beziehungen so anzupassen, dass sie den heutigen Gegebenheiten besser entspricht, bekräftigen wir unser Bekenntnis zum Multilateralismus und zur Wahrung des Völkerrechts, einschliesslich der in der *Charta der Vereinten Nationen* verankerten Ziele und Grundsätze, in ihrer Gesamtheit und in ihrer Verflechtung als unverzichtbarem Eckpfeiler, und die zentrale Rolle der Vereinten Nationen im internationalen System, in dem souveräne Staaten zusammenarbeiten, um den Weltfrieden und die internationale Sicherheit zu wahren, eine nachhaltige Entwicklung voranzutreiben, die Förderung und den Schutz der Demokratie, der Menschenrechte und der Grundfreiheiten für alle sowie eine auf Solidarität, gegenseitiger Achtung, Gerechtigkeit und Gleichheit beruhende Zusammenarbeit zu gewährleisten. [...]

6. In Anerkennung der Erklärung der Staats- und Regierungschefs von *Johannesburg II* aus dem Jahr 2023 bekräftigen wir unsere Unterstützung für eine umfassende Reform der Vereinten Nationen, einschliesslich ihres Sicherheitsrats, mit dem Ziel, diesen demokratischer, repräsentativer, effektiver und effizienter zu gestalten und die Vertretung der Entwicklungsländer in den Reihen des Rates zu stärken, damit dieser angemessen auf die aktuellen globalen Herausforderungen reagieren und die legitimen Bestrebungen der Schwellen- und Entwicklungsländer aus Afrika, Asien und Lateinamerika, einschliesslich der BRICS-Länder, unterstützen kann, eine grössere Rolle in internationalen Angelegenheiten, insbesondere in den Vereinten Nationen, einschliesslich ihres Sicherheitsrats, zu spielen. [...]

7. Angesichts des 80. Jahrestages der Gründung der Vereinten Nationen erinnern wir an die Resolutionen 75/1 und 77/335 der Generalversammlung der Vereinten Nationen sowie an andere einschlägige Resolutionen und bekräftigen unsere Verpflichtung, den Vereinten Nationen alle erforderliche Unterstützung zukommen zu lassen, die sie zur Erfüllung ihres Mandats benötigen. Wir unterstreichen die nachdrückliche Forderung nach Reformen der Hauptorgane der Vereinten Nationen im Hinblick auf die Erzielung konkreter Fortschritte. Wir verpflichten uns, die Diskussionen über die Reform des UN-Sicherheitsrates mit neuem Leben zu erfüllen und die Arbeit zur Wiederbelebung der Generalversammlung und zur Stärkung des Wirtschafts- und Sozialrates fortzusetzen. Wir sehen dem erfolgreichen Abschluss der Überprüfung der Architektur der Friedenskonsolidierung im Jahr 2025 erwartungsvoll entgegen.

8. Wir sind uns darin einig, dass es im Kontext der gegenwärtigen Realitäten der multipolaren Welt von entscheidender Bedeutung ist, dass die Entwicklungsländer ihre Bemühungen zur Förderung des Dialogs und der Konsultationen für eine gerechtere und ausgewogenere Weltordnungspolitik und für beide Seiten vorteilhafte Beziehungen zwischen den Nationen verstärken. Wir erkennen an, dass die Multipolarität den am wenigsten entwickelten Ländern mehr Möglichkeiten bieten kann, ihr konstruktives Potential zu entfalten und in den Genuss einer für alle vorteilhaften, integrativen und gerechten wirt-

schaftlichen Globalisierung und Zusammenarbeit zu kommen. Wir betonen die Bedeutung des Globalen Südens als Motor für positive Veränderungen, insbesondere angesichts erheblicher internationaler Herausforderungen wie sich verschärfender geopolitischer Spannungen, rapider wirtschaftlicher Abschwünge und technologischer Veränderungen, protektionistischer Massnahmen und Migrationsherausforderungen. Wir sind davon überzeugt, dass die BRICS-Länder weiterhin eine zentrale Rolle spielen, wenn es darum geht, die Anliegen und Prioritäten des Globalen Südens zum Ausdruck zu bringen und eine gerechtere, nachhaltigere, integrativere, repräsentativere und stabilere internationale Ordnung auf der Grundlage des Völkerrechts zu fördern.

17. Wir bringen unsere Besorgnis über die anhaltenden Konflikte in vielen Teilen der Welt und den derzeitigen Zustand der Polarisierung und Fragmentierung der internationalen Ordnung zum Ausdruck. Wir bringen unsere Besorgnis über den gegenwärtigen Trend zum Ausdruck, der zu einem kritischen Anstieg der weltweiten Militärausgaben geführt hat, was zu Lasten der Bereitstellung angemessener Mittel für die Entwicklungsfinanzierung der Entwicklungsländer geht. Wir plädieren für einen multilateralen Ansatz, der die unterschiedlichen nationalen Standpunkte und Positionen zu wichtigen globalen Fragen respektiert, darunter die nachhaltige Entwicklung, die Beseitigung von Hunger und Armut und der Beitrag zur globalen Reaktion auf den Klimawandel, wobei wir gleichzeitig unsere tiefe Besorgnis über die Versuche zum Ausdruck bringen, die Sicherheit mit der Klimawandel-Agenda zu verknüpfen.

18. Wir stellen fest, dass der gegenwärtige globale Kontext von Polarisierung und Misstrauen geprägt ist, und ermutigen zu globalen Massnahmen zur Stärkung des internationalen Friedens und der Sicherheit. Wir rufen die internationale Gemeinschaft auf, auf diese Herausforderungen und die damit verbundenen Sicherheitsbedrohungen mit politisch-diplomatischen Massnahmen zur Verringerung des Konfliktpotentials zu reagieren, und betonen die Notwendigkeit, sich um Konfliktverhütung zu bemühen, auch durch die Beseitigung der eigentlichen Ursachen. Wir betonen, dass die Sicherheit aller Länder unteilbar ist, und bekräftigen unser Engagement für die fried-

liche Beilegung internationaler Streitigkeiten durch Dialog, Konsultation und Diplomatie. Wir ermutigen die aktive Rolle regionaler Organisationen bei der Konfliktverhütung und -lösung und unterstützen alle Bemühungen, die der friedlichen Beilegung von Krisen förderlich sind. Wir betonen die Bedeutung von Vermittlung und präventiver Diplomatie als wesentliche Instrumente zur Vermeidung von Krisen und zur Verhinderung ihrer Eskalation im Einklang mit den Zielen und Grundsätzen der *Charta der Vereinten Nationen*. In diesem Zusammenhang kommen wir überein, Möglichkeiten der Zusammenarbeit bei der Verhütung bewaffneter Konflikte, bei friedenserhaltenden Missionen der Vereinten Nationen, bei friedensunterstützenden Massnahmen der Afrikanischen Union sowie bei Vermittlungs- und Friedensprozessen zu prüfen.

19. Wir bekräftigen unser nachdrückliches Eintreten für eine Stärkung der multilateralen Zusammenarbeit bei der Bewältigung humanitärer Krisen in der ganzen Welt und bringen unsere Besorgnis darüber zum Ausdruck, dass die internationalen Reaktionen, die bereits unzureichend, zersplittert und häufig politisiert waren, immer weniger werden. Wir verurteilen aufs schärfste alle Verstösse gegen das Humanitäre Völkerrecht, einschliesslich vorsätzlicher Angriffe auf Zivilpersonen und zivile Objekte, einschliesslich ziviler Infrastrukturen, sowie die Verweigerung oder Behinderung des Zugangs zu humanitärer Hilfe und die gezielte Bekämpfung von humanitärem Personal. Wir unterstreichen die Notwendigkeit, die Rechenschaftspflicht für alle Verstösse gegen das Humanitäre Völkerrecht zu regeln. Solche Verstösse gegen das Völkerrecht verstärken nicht nur das unmittelbare Leid, sondern untergraben auch die Aussichten auf einen dauerhaften Frieden, indem sie die für den Wiederaufbau nach einem Konflikt erforderlichen materiellen und sozialen Grundlagen zerstören. Wir erkennen die internationalen Bemühungen der BRICS-Mitglieder an, die Achtung, Einhaltung und wirksame Umsetzung des Humanitären Völkerrechts zu fördern.

Quelle: <https://BRICS.br/en/news/BRICS-summit-signs-historic-commitment-in-rio-for-more-inclusive-and-sustainable-governance> mit Link zum Download

(Übersetzung Zeit-Fragen)

Der Westen hat die BRICS-Staaten jahrelang verspottet, aber jetzt schenkt er ihnen Aufmerksamkeit

Rio hat gezeigt, dass sich BRICS nicht in einer Krise befindet, sondern in einer Übergangsphase

von Fjodor A. Lukjanow, Chefredakteur von *Russia in Global Affairs* und Forschungsdirektor des Internationalen Waldei Klubs

Die Idee einer multipolaren Welt wird seit langem in zwei unterschiedlichen Zusammenhängen verwendet. Der eine ist, wenn die globale Hegemonie fest und unangefochten ist, wie es in den anderthalb Jahrzehnten nach dem Kalten Krieg der Fall war. In diesem Fall war «Multipolarität» kaum mehr als ein Schlagwort – ein symbolischer Protest gegen die Dominanz der USA, ohne dass eine praktische Strategie dahintersteckt.

Der andere ist, wenn diese Hegemonie vollständig zusammengebrochen ist und die internationalen Beziehungen zu ihrer historischen Norm zurückkehren: einem fließenden, unvorhersehbaren Zusammenspiel von Staaten mit unterschiedlichen Machtniveaus. Dann wird Multipolarität zur Tatsache, und das Handeln wird von den unmittelbaren Umständen bestimmt.

Die heutige Welt erfüllt keine dieser Bedingungen. Die alte unipolare Ordnung schwindet, aber ihre Strukturen und Reflexe bleiben bislang bestehen. Deshalb ist die aktuelle Situation so besonders – und deshalb sind die BRICS-Länder zu einem so wichtigen Indikator für den laufenden Wandel geworden. Diese Gruppe von Nationen spiegelt trotz aller Vielfalt und Widersprüche die sich abzeichnenden Konturen einer Welt wider, die weniger von westlicher Kontrolle geprägt ist.

Der jüngste BRICS-Gipfel in Rio de Janeiro hat in einigen Kreisen Enttäuschung ausgelöst. Mehrere wichtige Staats- und Regierungschefs waren abwesend, und die Schlagzeilen waren

wenig dramatisch. Im Vergleich zum kühnen Treffen im vergangenen Jahr in Kasan wirkte der Gipfel eher verhalten. Dieser ruhigere Ton ist jedoch kein Rückschlag, sondern spiegelt das sich wandelnde Umfeld wider, in dem die BRICS-Staaten heute agieren.

Drei Trends helfen, den Ton des Gipfels zu erklären.

Erstens nehmen die globalen Spannungen zu. Die jüngsten Zusammenstöße zwischen Indien und Pakistan sowie zwischen Israel und dem Iran betreffen direkt BRICS-Mitglieder. Auch wenn es sich nicht um ausgewachsene Konflikte innerhalb der Gruppe handelt, unterstreichen sie doch die mangelnde Einheit. Mit der Erweiterung von BRICS nimmt die interne Vielfalt zu, was es schwieriger macht, mit einer Stimme zu sprechen. Das natürliche Ergebnis sind vorsichtige und vage Formulierungen. Das mag Beobachter frustrieren, spiegelt aber den Realismus wider.

Zweitens haben die USA unter *Donald Trump* eine deutlichere Anti-BRICS-Haltung eingenommen. Washington hat direkte Drohungen ausgesprochen und neue Zölle für Länder verhängt, die als Verbündete von BRICS gelten. Diese Massnahmen haben ein klares Ziel: eine engere Zusammenarbeit zwischen den BRICS-Mitgliedern zu verhindern. Bislang haben sie keine offene Ablehnung hervorgerufen. Die meisten BRICS-Länder sind weiterhin vorsichtig, was eine direkte Konfrontation mit dem Westen angeht. Doch der Druck der USA schürt zunehmend Res-

sentiments, und wenn dieser Druck zunimmt, könnte eine entschlosseneren Reaktion folgen.

Drittens hat der Wechsel der BRICS-Präsidentschaft von Russland zu Brasilien den Rhythmus der Aktivitäten der Gruppe verändert. Für Russland sind die BRICS-Länder sowohl ein praktisches Instrument zur wirtschaftlichen Koordinierung als auch eine politische Plattform, die die westliche Vorherrschaft umgeht. Moskau investiert stark in seine Rolle in den BRICS. Brasilien hat andere Schwerpunkte. Es ist enger mit dem Westen verbunden und hat andere strategische Prioritäten. Das bedeutet nicht, dass Brasilia kein Interesse an BRICS hat – nur, dass es ihnen nicht die gleiche Dringlichkeit beimisst.

Dennoch ist etwas Wichtiges geschehen. Die Gipfeltreffen 2023 und 2024 in Südafrika und Russland haben BRICS verändert. Die Gruppe ist gereift und hat eine neue Identität gewonnen. Diese Entwicklung wird Zeit brauchen, um verarbeitet zu werden.

Die bevorstehende Präsidentschaft Indiens könnte die derzeitige Phase der Zurückhaltung fortsetzen, was jedoch nicht mit Stagnation verwechselt werden sollte. Es handelt sich um eine notwendige Phase der Konsolidierung.

Deshalb sollte das Treffen in Rio als Erfolg gewertet werden. Die frühen Phasen der BRICS-Expansion, als die Gruppe als vage und ambitioniert galt, waren relativ einfach. Niemand erwartete viel. Jetzt steht mehr auf dem Spiel. Die USA und ihre Verbündeten, die die Gruppe einst ablehnend betrachteten, beobachten sie nun auf-

merksam. Sie suchen aktiv nach Schwachstellen. Allein dies zeigt, dass die BRICS-Staaten an Bedeutung gewinnen.

Die Attraktivität der Gruppe liegt in ihrer Ausrichtung auf reale globale Trends. Das heutige internationale Umfeld erfordert Flexibilität, minimale Verpflichtungen und Offenheit gegenüber Unterschieden. Die BRICS-Staaten verkörpern diese Eigenschaften. Sie vermeiden bindende Strukturen, begrüßen Vielfalt und handeln auf der Grundlage gemeinsamer (wenn auch lose definierter) Interessen.

Wir leben in einer Zeit des Umbruchs. Es gibt kein klares internationales Gleichgewicht und keinen Plan, wie dieses wiederhergestellt werden könnte. Diese Übergangsphase wird noch Jahrzehnte andauern. In der Zwischenzeit wird die Welt zunehmend nach Plattformen suchen, die die neue Realität widerspiegeln. Die BRICS-Staaten sind eine davon.

Die Wahrnehmung der Gruppe verändert sich. Sie wird nicht mehr als rhetorisches Mittel oder Kuriosität betrachtet. Sie wird Teil der entstehenden Architektur einer multipolaren Welt. Diese Entwicklung wird langsam und ungleichmässig verlaufen, aber sie ist in Gang.

Nach den Gipfeltreffen in Johannesburg, Kasan und nun Rio ist die BRICS-Gruppe in eine neue Phase eingetreten. Die Herausforderung besteht nun darin, diesen Wandel anzuerkennen – und sich darauf einzustellen. •

Quelle: <https://eng.globalaffairs.ru/articles/attention-to-BRICS-lukyanov/> vom 14. Juli 2025

(Übersetzung *Zeit-Fragen*)

«BRICS, die Uno-Charta und warum ...» Fortsetzung von Seite 4

wurde erneut betont, dass es um bessere Beziehungen aller Staaten und Völker geht. Und um nur ein Beispiel zu nennen: Der 2024 neu gewählte indonesische Präsident *Prabowo* – Indonesien ist BRICS-Mitglied seit Januar 2025 – betonte beim BRICS-Gipfel, er wolle «ein Brückenbauer zwischen dem Globalen Süden und dem Globalen Norden» sein.¹ BRICS als Vertretung von mehr als 40 Prozent der Weltbevölkerung könne auch in Konflikten vermitteln – «ohne den historischen Ballast der Allianzen aus der Zeit des Kalten Krieges». Ähnlich äusserten sich der Präsident Südafrikas, der Ministerpräsident Indiens und auch Brasiliens Präsident.

Präsident Lula da Silva nannte aber auch einen wohl wesentlichen Punkt für den westlichen und vor allem US-amerikanischen Widerstand gegen BRICS: BRICS ist ein Zusammenschluss «von Ländern, die sich eine andere Art von Weltwirtschaft wünschen» – ohne Diktate eines einzigen Landes und ohne Abhängigkeit von nur einer Währung. Schon jetzt wickeln BRICS-Staaten ihren bilateralen Handel in ihren Landeswährungen ab. Lula da Silva: «Die Welt muss einen Weg finden, dass unsere Handelsbeziehungen nicht über den Dollar laufen müssen.» Und dann: «Ich denke, das ist der Grund, warum BRICS einigen Leuten Unbehagen bereitet.»

Mit ihrer Schlusserklärung verurteilen die BRICS-Staaten den israelisch-amerikanischen

Angriffskrieg auf den Iran als Verletzung des Völkerrechts und der Uno-Charta (Punkt 21). Sie unterstützen die Friedensbemühungen der afrikanischen Staaten und der 2024 gegründete *Gruppe der Freunde des Friedens* (während

der UN-Generalversammlung vom September letzten Jahres) für den Krieg in der Ukraine (Punkt 22). Und sie fordern ausführlich die Einhaltung des Völkerrechts und des Humanitären Völkerrechts für die Palästinenser im Ga-



Die Vertreter der BRICS-Mitgliedsstaaten während des 17. BRICS-Gipfels in Rio de Janeiro, Brasilien, am 6. Juli 2025: (von links) Aussenminister Russlands Sergej Lawrow, Kronprinz der Vereinigten Arabischen Emirate Khaled bin Mohamed Al Nahyan, Präsident Indonesiens Prabowo Subianto, Präsident Südafrikas Cyril Ramaphosa, Präsident Brasiliens Luiz Inácio Lula da Silva, Premierminister Indiens Narendra Modi, Premierminister Chinas Li Qiang, Premierminister Äthiopiens Abiy Ahmed, Premierminister Ägyptens Mostafa Madbouly und Aussenminister Irans Abbas Araghchi.

za-Streifen und in den Besetzten Palästinensischen Gebieten (Punkte 21–27). Auch zu den zahlreichen weiteren Konfliktherden und friedensgefährdenden Entwicklungen in der Welt nehmen sie entsprechend Stellung (Punkte 29–41) – immer auch unter Bezugnahme auf Erklärungen und Beschlüsse der Vereinten Nationen. Diese Erklärungen sind keine einseitige Parteinahme für Konfliktparteien, sondern Forderungen nach Einhaltung des internationalen Rechts – so wie es eigentlich die Aufgabe der Vereinten Nationen und insbesondere des Sicherheitsrates wäre.

Am Ende des BRICS-Gipfels wurde der brasilianische Präsident nach einem Kommentar zu den erneuten Drohungen des US-Präsidenten gegen die BRICS-Staaten und ihre Unterstützerländer gefragt. Seine Antwort: «Ehrlich gesagt, glaube ich nicht, dass ich mich dazu äussern sollte. Ich halte es weder für verantwortungsvoll noch für seriös, wenn der Präsident eines Landes wie der USA die Welt über das Internet bedroht. Die Welt hat sich geändert. *Wir wollen keinen Imperator. Wir sind souveräne Nationen.*» Und weiter: «Wir sind innerhalb der BRICS davon überzeugt, dass wir keine Welt unter Vormundschaft mehr wollen. Wir wollen keinen Kalten Krieg, keine Missachtung der Souveränität und keinen Krieg mehr.» (Hervorhebung km) •

¹ <https://thediplomat.com/2025/07/to-be-a-bridge-builder-indonesias-debut-at-the-BRICS-summit/> vom 8.7.2025

Aus der Charta der Vereinten Nationen

Präambel

«Wir, die Völker der Vereinten Nationen – fest entschlossen,
– künftige Geschlechter vor der Geissel des Krieges zu bewahren, die zweimal zu unseren Lebzeiten unsagbares Leid über die Menschheit gebracht hat,
– unseren Glauben an die Grundrechte des Menschen, an Würde und Wert der menschlichen Persönlichkeit, an die Gleichberechtigung von Mann und Frau sowie von allen Nationen, ob gross oder klein, erneut zu bekräftigen,
– Bedingungen zu schaffen, unter denen Gerechtigkeit und die Achtung vor den Verpflichtungen aus Verträgen und anderen Quellen des Völkerrechts gewahrt werden können,
– den sozialen Fortschritt und einen besseren Lebensstandard in grösserer Freiheit zu fördern, und für diese Zwecke

– Duldsamkeit zu üben und als gute Nachbarn in Frieden miteinander zu leben,
– unsere Kräfte zu vereinen, um den Weltfrieden und die internationale Sicherheit zu wahren,
– Grundsätze anzunehmen und Verfahren einzuführen, die gewährleisten, dass Waffengewalt nur noch im gemeinsamen Interesse angewendet wird, und
– internationale Einrichtungen in Anspruch zu nehmen, um den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt aller Völker zu fördern, haben beschlossen, in unserem Bemühen um die Erreichung dieser Ziele zusammenzuwirken. [...]

Artikel 1

«Die Vereinten Nationen setzen sich folgende Ziele:

1. den Weltfrieden und die internationale Sicherheit zu wahren und zu diesem Zweck wirksame Kollektivmassnahmen zu treffen, um Bedrohungen des Friedens zu verhüten und zu beseitigen, Angriffshandlungen und andere

Friedensbrüche zu unterdrücken und internationale Streitigkeiten oder Situationen, die zu einem Friedensbruch führen könnten, durch friedliche Mittel nach den Grundsätzen der Gerechtigkeit und des Völkerrechts zu bereinigen oder beizulegen;

2. freundschaftliche, auf der Achtung vor dem Grundsatz der Gleichberechtigung und Selbstbestimmung der Völker beruhende Beziehungen zwischen den Nationen zu entwickeln und andere geeignete Massnahmen zur Festigung des Weltfriedens zu treffen;

3. eine internationale Zusammenarbeit herbeizuführen, um internationale Probleme wirtschaftlicher, sozialer, kultureller und humanitärer Art zu lösen und die Achtung vor den Menschenrechten und Grundfreiheiten für alle ohne Unterschied der Rasse, des Geschlechts, der Sprache oder der Religion zu fördern und zu festigen;

4. ein Mittelpunkt zu sein, in dem die Bemühungen der Nationen zur Verwirklichung dieser

gemeinsamen Ziele aufeinander abgestimmt werden.»

Artikel 2

«Die Organisation und ihre Mitglieder handeln im Verfolg der in Artikel 1 dargelegten Ziele nach folgenden Grundsätzen:

1. Die Organisation beruht auf dem Grundsatz der souveränen Gleichheit aller ihrer Mitglieder.

2. [...]

3. Alle Mitglieder legen ihre internationalen Streitigkeiten durch friedliche Mittel so bei, dass der Weltfriede, die internationale Sicherheit und die Gerechtigkeit nicht gefährdet werden.

4. Alle Mitglieder unterlassen in ihren internationalen Beziehungen jede gegen die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit eines Staates gerichtete oder sonst mit den Zielen der Vereinten Nationen unvereinbare Androhung oder Anwendung von Gewalt. [...]

Vernehmlassung zum «Paket Schweiz-EU» eröffnet – packen wir den Bürokratie-Bandwurm an!

von Dr. iur. Marianne Wüthrich

Am 13. Juni 2025 hat der Bundesrat die lange unter Verschluss gehaltene neue Version des «Pakets Schweiz-EU» veröffentlicht und die Vernehmlassung dazu eröffnet, die bis zum 31. Oktober dauert.¹ Kantone, Parteien, Verbände und interessierte Bürger können ihre Stellungnahmen dazu einbringen.

Mit allem Drum und Dran liefert uns das EDA einen Bürokratie-Bandwurm von Tausenden von Seiten. Aus der Trickkiste Brüssels und Berns: Erstens alles in x Einzelteile zerlegen, um die grossen Zusammenhänge und die grundsätzlichen Eingriffe in unser Staatswesen zu vernebeln. Zweitens die Überwucherung unseres Rechts durch Unmengen von EU-Rechtsakten verharmlosen und beschönigen, bis uns die Köpfe schwirren sollen. Ein weiterer Trick: Viele Schweizer dürften von der schieren Menge, aber auch von der formalistischen Sprache abgeschreckt werden, die Vertragstexte eigenständig zu lesen. In EU-Ländern sind die Bürger es ja gewohnt, dass die Texte aus Brüssel – höchstens! – für Europarechtler einermassen verständlich sind. Aber in der Schweiz sind wir Bürger der Souverän. Damit wir uns zum institutionellen Abkommen eine Meinung bilden und unsere Stimme dazu abgeben können, müssen wir verstehen, was drinsteht.

Diesen Methoden entgegenzutreten und die Inhalte des Pakets Schritt für Schritt offenzulegen – ohne dass wir uns vom Wesentlichen ablenken lassen! – wird für die nächste Zeit unsere Aufgabe sein. Der Kernpunkt war in den letzten Jahren in *Zeit-Fragen* immer wieder Thema: Das Konstrukt aus der Brüsseler Küche ist mit dem Schweizer Staatssystem nicht kompatibel.

Überblick über die Vernehmlassungsunterlagen

12 Abkommen / erläuternder Bericht des Bundesrates (931 Seiten) / innerstaatliche Umsetzung: 9 Bundesbeschlüsse / Übersicht Gesetzgebungsakte der EU, die in den Abkommen

übernommen würden (95 EU-Richtlinien und Verordnungen) / 14 Faktenblätter zu den einzelnen Abkommen / FAQ / 5 Studien zu den volkswirtschaftlichen Auswirkungen des Pakets (alle aus der Bundesverwaltung plus Zugewandte, daher entsprechend tendenziös) / Zusammenfassung der 5 Studien, mit dem interessanten Titel «Medienrohstoff»: Ein Gängelband für Journalisten?

Lese-Empfehlung für die Stimmbürger

Der umfangreiche erläuternde Bericht des Bundesrates ist eine Propagandaschrift ersten Ranges, halten wir uns lieber an die Originale der Abkommen. Allenfalls kann das Inhaltsverzeichnis als Überblick und zum Nachschlagen einzelner Begriffe brauchbar sein. Dasselbe gilt für die «Faktenblätter» und den Katalog vorgefertigter «Fragen der Bürger» (FAQ). Tip zum Studium der Abkommen: Die unverdaulichen Formalismen aus der Brüsseler Bürokratie überspringen und die eigentlichen inhaltlichen Punkte anpeilen.

Zum Trost für alle, die sich nicht vom digitalen Wust überwältigen lassen wollen: Bis zum Ablauf der Vernehmlassungsfrist haben wir ein paar Monate Zeit, um uns kundig zu machen. Eine grosse Hilfe bei der Einordnung der einzelnen Abkommen und des Ganzen sind die kritischen Stimmen, die sich bereits zu Wort gemeldet haben und dies sicher weiterhin tun werden.

Der Elefant im Raum: die «institutionellen Elemente»

Für alle geplanten Abkommen und deren Umsetzung in die Schweizer Gesetzgebung sowie für die 95 EU-Gesetze, die für die Schweiz gelten würden, ist zu beachten: Es handelt sich dabei lediglich um eine Momentaufnahme. Mit der «dynamischen Rechtsübernahme» kämen zu den 95 künftig eine heute noch nicht bekannte Zahl weiterer Erlasse dazu, die unsere Schweizer Rechtsetzung unterlaufen würden. So viel zur «Rechtssicherheit», die uns das Paket angeblich bringen soll.

«Die neuen institutionellen Elemente umfassen die *dynamische Rechtsübernahme*, die *einheitliche Auslegung* der Abkommen, deren *Überwachung* sowie die *Streitbeilegung* im Fall von Uneinigigkeiten zwischen der Schweiz und der EU». (Faktenblatt «Institutionelle Elemente»)

Zur Erinnerung: «Nur» für die fünf Marktzugangsabkommen der *Bilateralen I* (Personenfreizügigkeit, Landverkehr, Luftverkehr, Landwirtschaft und Anerkennung von Konformitätsbewertungen MRA) würden die neuen «institutionellen Elemente» gelten, wiederholt der Bundesrat mantraartig. Tatsächlich würde mit den Fünfen die Souveränität der Schweiz schon genug beschnitten. Im Faktenblatt «Institutionelle Elemente» gibt der Bundesrat jedoch zu, dass auch das Stromabkommen und das Lebensmittelsicherheitsabkommen dem ganzen Vollprogramm aus der EU-Bürokratie unterstellt werden sollen. (Letzteres wurde bisher kaum thematisiert, dürfte aber auf seinen 128 Seiten einiges an Sprengstoff bieten, gerade für alle diejenigen Schweizer, denen eine gesunde Umwelt und deren eigenständige Regelung durch uns Stimmbürger am Herzen liegt.)

Der Bundesrat weiter: «Für diese Abkommen haben die Schweiz und die EU sich auf neue institutionelle Elemente geeinigt. Diese stellen sicher, dass die Abkommen gut funktionieren und im gemeinsamen Binnenmarkt für alle Marktteilnehmenden jederzeit die gleichen Spielregeln gelten.» Bei einer derart devoten Nachbetriebe des Brüsseler Narrativs muss man sich schon fragen: Auf welcher Seite des Tisches sitzt der Bundesrat eigentlich?

Beispiel «Abkommen über den regelmässigen finanziellen Beitrag»

Schauen wir uns als Beispiel das geplante «Abkommen über den regelmässigen finanziellen Beitrag der Schweiz» an.² Auch für dieses gelten übrigens die institutionellen Regeln. Sogenannte Kohäsionszahlungen hat die Schweiz auf Drängen aus Brüssel bisher bereits zweimal bezahlt (je 1,3 Milliarden Fran-

ken, auf mehrere Jahre verteilt). Laut dem Abkommen soll die Schweiz künftig zur Bezahlung regelmässiger Beträge an die EU verpflichtet werden. Das Geld soll für bestimmte Projekte an einzelne EU-Staaten fliessen, um zur «Verringerung der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten» und damit zur «Stabilität» und zum «Zusammenhalt» innerhalb der EU beizutragen. Kleine Frage: Liegt es nicht in der Verantwortung der EU selbst, für ihre Stabilität und den Zusammenhalt unter ihren Mitgliedsstaaten zu sorgen?

Höhe der Beiträge wird alle paar Jahre «dynamisch» angepasst

Über die Höhe der Beträge werden wir, milde gesagt, nur lückenhaft informiert.

Der erste finanzielle Beitrag der Schweiz von 2030 bis 2036 beläuft sich auf 350 Millionen Franken jährlich, wovon 308 Millionen für die Kohäsion und 42 Millionen für die «Zusammenarbeit im Bereich der Migration» (Anhang II des Abkommens, Ziff. 1 und 2). Für letzteres steuert die Schweiz übrigens bereits im Rahmen des Schengen-Dublin-Vertrages einiges bei.

Aber ab 2037 sind die 350 Millionen Franken pro Jahr Altpapier. Denn wie alles mit Brüssel vereinbart wird der Betrag gemäss Anhang I des Abkommens «dynamisch» angepasst. Versuchen Sie einmal die zahlreichen Kriterien für die Festlegung künftiger Beiträge in Anhang I und Anlage 1 zu lesen – das versteht keiner! Münsterchen: «Für die Zwecke dieser Berechnung des Indexierungsfaktors gilt Folgendes: (I) Der reale Wechselkurs der Gruppe der Partnerstaaten im Bereich Kohäsion während der vorangegangenen Beitragsperiode entspricht dem nominalen Wechselkurs dieser Partnerstaaten gegenüber dem Schweizerfranken, multipliziert mit dem HVPI-Aggregat dieser Partnerstaaten und dividiert durch den HVPI der Schweiz.» Und so weiter.³ Klar ist nur: Der jährliche Beitrag

Fortsetzung auf Seite 7

BRICS – eine Hoffnung für Lateinamerika

von Gisela Liebe

Über den BRICS-Gipfel wurde in wichtigen Tageszeitungen Lateinamerikas wie «Página 12» (Argentinien) und «La Jornada» (Mexiko) ausführlich berichtet. Bereits am Vorabend des Gipfels gab die Präsidentin der BRICS-Entwicklungsbank *Dilma Rousseff* bekannt, dass der letzte Schritt zu einem Beitritt von Kolumbien und Usbekistan vollzogen wurde. Damit zählt die Bank nun Brasilien, Russland, China, Indien, Südafrika, die Vereinigten Arabischen Emirate, Bangladesch, Ägypten, Algerien, Kolumbien und Usbekistan zu ihren Vollmitgliedern. Weitere Bewerbungen anderer Länder werden geprüft. Rousseff erklärte, dass die BRICS-Bank im Gegensatz zu anderen Finanzinstitutionen, womit die *Weltbank* und der IWF gemeint waren, eine «Bank der Länder des Globalen Südens für die Länder des Globalen Südens» sei. «Unsere Beziehungen beruhen auf der Gleichheit aller Mitglieder, so dass kein Land dominiert und alle Stimmen gehört werden. Es gibt kein Vetorecht.»

Die Grundsätze der BRICS-Bank beruhen auf Solidarität, Gerechtigkeit und der Achtung der Souveränität der Mitglieder. Die BRICS-Bank spielt eine Schlüsselrolle für die Entwicklung des Globalen Südens. Zwar schloss Rousseff die Schaffung einer gemeinsamen Währung oder die Aufgabe des Dollars als Referenzwährung aus: «Ich sehe keine Möglichkeit, dass dies geschieht.» Jedoch bestätigte sie, dass der Dollar langfristig als Leitwährung ersetzt werden wird. Sie argumentierte, dass die Hegemonie des Dollar die Lieferung von Fremdwährungen an den Rest der Welt impliziert, was zu einer Schwächung des Industrialisierungsprozesses führt. Das Handelsbilanzdefizit der USA habe die Deindustrialisierung der USA zur Folge gehabt. Brasilien Präsident *Lula da Silva* sprach sich deutlich dafür aus, Massnahmen zu ergreifen, um den Dollar zu schwächen. Seiner Meinung nach ist die Ersetzung des Dollars im internationalen Handel etwas «Irreversibles». In seiner Video-Botschaft an die

Teilnehmer der Konferenz plädierte der russische Präsident *Wladimir Putin* für die Verwendung lokaler Währungen im Handel der BRICS-Länder untereinander. Erstmals einigten sich die Finanzminister der BRICS-Länder auch auf die gemeinsame Forderung nach einer Reform des IWF, der mit einer neuen Quotenregelung den Entwicklungs- und Schwellenländern mehr Gewicht geben solle. Auch die traditionelle Leitung des IWF durch einen Europäer wurde in Frage gestellt: «Wir müssen das anachronistische Gentlemen's Agreement hinter uns lassen, das Europa die Führung des Fonds überlässt.»

Das Gastgeberland Brasilien, das 2025 die Präsidentschaft der BRICS innehat, konnte sich mit seinem Präsidenten *Lula da Silva* selbstbewusst präsentieren. In den sechs Monaten während Brasiliens Präsidentschaft fan-

den rund 200 Veranstaltungen mit Funktionären, Akademikern, Fachleuten und erstmals auch Gruppierungen der Zivilgesellschaft statt. Zur Eröffnung des BRICS-Wirtschaftsforums hob *Lula* das riesige Potential der BRICS hervor, den Strukturwandel anzuführen und die Zusammenarbeit zwischen den Schwellenländern zu stärken. «Unsere Länder können ein neues Entwicklungsmodell anführen, das auf einer nachhaltigen Landwirtschaft, einer grünen Industrie, einer widerstandsfähigen Industrie und der Bioökonomie basiert.» Er erklärte, dass die elf BRICS-Länder 42% der weltweiten Agrarproduktion auf sich vereinen und zu den grössten Investoren in erneuerbare Energien gehören. Auch 84% der weltweiten Reserven an Seltenen Erden, 66% an Mangan und 63% an Graphit befinden sich in BRICS-Ländern.

Auch Mexiko nähert sich BRICS an

gl. Die mexikanische Zeitung «La Jornada» zieht in ihrem Editorial vom 8. Juli unter dem Titel «BRICS: Positiver Kontrast» ein hoffnungsvolles Resümee des Gipfels auch für das eigene Land, welches der wichtigste Handelspartner der USA ist. Mexiko war erstmals zu einem BRICS-Gipfel als Beobachter eingeladen. Der mexikanische Aussenminister nahm in Rio de Janeiro teil.

«Mexiko erlebt die paradoxe Situation, dass der nationale Humanismus, der seit der letzten sechsjährigen Amtszeit¹ unterstützt wird, der BRICS-Botschaft nahesteht, während das Land gleichzeitig in der Einflussphäre der USA verankert ist. Auch wenn diese Besonderheit auf die geographische Nähe des Landes zur Supermacht zurückzuführen ist, darf nicht vergessen werden, dass der derzeitige Grad der Integration – oder Abhängigkeit, je nachdem, wie man es betrachtet – mit unserem nördlichen Nachbarn das Ergebnis von Entscheidungen ist, die vor mehr als drei Jahrzehnten von den Architekten des mexikani-

schen Neoliberalismus getroffen wurden und die von der Rechten in Form einer unwürdigen Unterwerfung unter Washington formuliert wurden. Unter den derzeitigen Umständen würde eine Abkopplung vom nordamerikanischen Wirtschaftsblock den totalen Zusammenbruch von Produktion und Beschäftigung verursachen und damit unermessliches menschliches Leid zur Folge haben. Der Trumpismus mit seiner Hemmungslosigkeit, selbst die engsten Partner und Verbündeten zu erpressen, erinnert jedoch daran, dass die Vereinigten Staaten niemals ein Freund sein werden und dass Mexiko nach Süden schauen muss, wenn es eine nachhaltige Wirtschaft aufbauen und seine Souveränität langfristig gewährleisten will.»

¹ des früheren Präsidenten Andrés Manuel López Obrador 2017–2023

Quelle: https://www.jornada.com.mx/servicios/jornada/microservicios/edicionpdf/IAJORNADAPDF_12189.pdf (Übersetzung Zeit-Fragen)

Dass US-Präsident *Trump* den BRICS-Ländern und ihren Unterstützern einen zusätzlichen Strafzoll in Höhe von 10% androht, rief Widerspruch und allgemeine Ablehnung hervor. Bereits am ersten Tag des Gipfels in Rio de Janeiro drückten die Staatschefs der BRICS in einer gemeinsamen Erklärung ihre ernsthafte Besorgnis wegen der unilateralen Verhängung von Zöllen aus und verurteilten deren politische Instrumentalisierung.

Breiten Raum nahm auch die Situation in Palästina ein. *Lula da Silva* plädierte in seiner Eröffnungsrede dafür, nicht indifferent gegenüber dem Genozid in Gaza zu bleiben. «Absolut nichts rechtfertigt die terroristischen Aktionen der Hamas. Aber wir können nicht gleichgültig gegenüber dem Genozid bleiben, der in Gaza von Israel verübt wird, und gegenüber der massenhaften Tötung von unschuldigen Zivilisten.» Auch in der Schlusserklärung wird ausführlich die Situation in Gaza verurteilt, ein sofortiger Waffenstillstand und der vollständige Abzug des israelischen Militärs aus dem Gaza-Streifen und den übrigen Besetzten Gebieten Palästinas gefordert. Die Unterstützung des BRICS-Mitglieds Iran wird ebenfalls in der Schlusserklärung deutlich, indem die militärischen Attacken gegen den Iran verurteilt werden, auch wenn vermieden wird, die USA zu erwähnen. Keines der BRICS-Mitglieder «verhängt oder unterstützt unilaterale Sanktionen, die nicht vom Uno-Sicherheitsrat autorisiert wurden», heisst es weiter in der Erklärung.

Quellen:

<https://www.pagina12.com.ar/839862-colombia-y-uzbekistan-se-suman-al-banco-del-BRICS>

<https://www.pagina12.com.ar/841939-lula-defendio-la-desdolarizacion>

<https://www.pagina12.com.ar/839961-los-BRICS-exigen-un-cese-del-fuego-en-gaza-y-criticaron-los-ar>

<https://www.jornada.com.mx/noticia/2025/07/07/economia/condena-la-cumbre-BRICS-los-aranceles-y-acometida-de-eu-a-iran>

Frei nach Macchiavelli: *Fait accompli* bis zur Volksabstimmung 2027/2028

mw. Nun hat doch die EU-Kommission den Bundesrat derart zu einem raschen Vertragsabschluss gedrängt, der dann im Dezember 2024 stattfand. Da wundert man sich schon ein bisschen, dass für die definitive Absegnung des Pakets durch das Parlament und das Volk offenbar keine Eile besteht. Erst mit der Zustimmung des Souveräns (Volk und Stände) kann das Institutionelle Abkommen nämlich ratifiziert werden und in Kraft treten – aber die Volksabstimmung findet erst 2027 oder 2028 statt.

Jetzt können wir aufhören, uns zu wundern. Denn der macchiavellistische Plan, bereits vor der Volksabstimmung möglichst viel umzusetzen und damit ein *Fait accompli* zu schaffen, ist bereits eingefädelt. Am 24. Juni haben Bundesrat *Ignazio Cassis* und der für die Schweiz zuständige EU-Kommissar *Maros Sefcovic* in Brüssel eine gemeinsame Erklärung unterzeichnet, in der sie ihre Absicht kundtun, ab sofort und zum Teil sogar rückwirkend möglichst viel in trockene Tücher zu bringen: «Der Umfang der Zusammenarbeit im Rahmen der bilateralen Beziehungen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union sollte nun ausgebaut werden.»

Die «Erklärung» ist kein Vertrag, sondern «nur» eine von *Cassis* und *Sefcovic* unterschriebene Mitteilung, dass sie jetzt die Boxhandschuhe hervorholen wollen. Inhaltlich geht es um die (Wieder-)Aufnahme der Schweiz in die Forschungsprogramme *Horizon* und *Euratom*, die «Zusammenarbeit zwischen der Schweiz und der EU zur Gewährleistung der Sicherheit und des reibungslosen Betriebs der Stromnetze», die Zusammenarbeit beim Schutz der Bürger «vor schwerwiegenden grenzüberschreitenden Gesundheitsgefahren» [zum Beispiel *Covid*, *mw*], die Teilnahme an der Eisenbahngüter der EU gemäss bisherigen Übergangsmassnahmen und den Dialog über die Finanzmarktregulierung. Bei all diesen Kooperationen erhält die Schweiz Einsitz in die entsprechenden EU-Gremien.

Im Schlusssatz verpflichtet sich Bundesrat *Cassis*, «mit Blick auf den sensiblen Charakter des Ratifikationsprozesses betreffend das umfassende bilaterale Paket [...], den erfolgreichen Abschluss dieses Prozesses [zu] unterstützen». Im Klartext: Der Bundesrat verspricht, alles zu tun, um das Paket durch die Volksabstimmung zu bringen. Dies macht er zum Beispiel mit dem wuchtigen Informationsteppich in sämtlichen vom Bundesrat verfassten oder veranlassten Dokumenten im Rahmen der Vernehmlassung oder mit seiner Absicht, eine obligatorische Volksabstimmung mit Ständemehr zu verhindern – und nun mit der Unterzeichnung dieser Erklärung. Denn mit der Drohung, alle eingefädelt Projekte wieder abzublenden, falls wir nein stimmen, werden Bern und Brüssel versuchen, uns Stimmbürger unter Druck zu setzen.

Sefcovic: «Die Schweiz ist ein enger Nachbar und für die EU ein überlebenswichtiger Handelspartner»

Die gute Nachricht: Alle diese Kooperationsprojekte für die Zeit vor dem institutionellen Abkommen sind laut der «Gemeinsamen Erklärung» explizit «auch ohne ein Stromabkommen» oder «auch ohne ein Gesundheitsabkommen» möglich, das heisst auf der Basis der heute geltenden bilateralen Abkommen. So heisst es: «Die Schweiz und die Europäische Union sollten eng und nach Treu und Glauben zusammenarbeiten, um das gute Funktionieren der bestehenden bilateralen Abkommen [...] sicherzustellen.» Was wollen wir mehr? Die EU-Kommission gibt also zu, dass die bilateralen Abkommen gut funktionieren – ganz ohne institutionellen Überbau!

In Wirklichkeit hat Brüssel genauso wenig Interesse wie die Schweiz daran, auf die gegenseitigen erprobten und umfangreichen Beziehungen zu verzichten. Denken wir nur an die Personenfreizügigkeit und den Alpentransit, aber auch an den kräftigen Exportüberschuss der EU-Staaten gegenüber der Schweiz. Wie sagte doch *Maros Sefcovic* anlässlich der Unterzeichnung der Erklärung? «Die Schweiz ist ein enger Nachbar und für die EU ein überlebenswichtiger Handelspartner,» zitiert ihn die «Neue Zürcher Zeitung», und fügt hinzu: «Tatsächlich ist das Land, gemessen

an den Ausfuhren, der viertwichtigste Markt des Staatenbundes.» Zum Beispiel sei die Schweiz «für Strom eine wichtige europäische Drehscheibe, und ihre Stauseen dienen als Speicher in jenen Phasen, in denen es in der EU zu viel Solar- und Windenergie gibt. Gerade deutsche Elektrizitätsfirmen legen daher viel Wert auf ein geregeltes Verhältnis zur Schweiz.»¹ Selbstverständlich ist umgekehrt auch die Schweiz an einer sicheren Stromversorgung interessiert. Dafür braucht es jedoch kein Strommarktabkommen mit einem institutionellen Überbau.

Also, liebe Miteidgenossen: Lassen wir uns nicht durch ein *Fait accompli* unter Druck setzen, sondern bauen wir weiter auf intensiven gegenseitigen Austausch mit echten bilateralen Verträgen auf Augenhöhe!

¹ *Imwinkelried, Daniel.* «Die Schweiz und die EU streben einen raschen Etappensieg an». In: *Neue Zürcher Zeitung* vom 24.6.2025

Quellen: «Schweiz und EU regeln Zusammenarbeit während der Ratifikationsphase des Pakets». Medienmitteilung des Bundesrates vom 23.6.2025; «Gemeinsame Erklärung von Vertretern der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Europäischen Union zum Umfang der Partnerschaft und der Zusammenarbeit im Zeitraum von Ende 2024 bis zum Inkrafttreten des umfassenden bilateralen Pakets» vom 24.6.2025

«Vernehmlassung zum ...»

Fortsetzung von Seite 6

wird alle paar Jahre nach rätselhaften Berechnungsmethoden durch Brüssel erhöht werden.

Total 3,292 Milliarden Franken bis 2036

Wussten Sie, dass die Schweizer Steuerzahler zusätzlich für die Zeit bis zum Inkrafttreten der Abkommen jährlich 130 Millionen Franken zahlen sollen, rückwirkend ab 2024? Das heisst lange vor der Volksabstimmung!⁴ Ab Inkrafttreten würde dann der Beitrag von 350 Millionen gelten.

Die Beträge der verschiedenen Kredite, für die sich der Bundesrat in unserem Namen und mit unserem Geld verpflichten will, muss der Interessierte aus den verschiedenen Bundesbeschluss-Entwürfen selbst zusammenzählen: Kohäsion 2030–2036: 2005,08 Millionen; Migration 2030–2036: 273,42 Millionen; Kohäsion 2024–2029: 1013,7 Millionen; total 3292,2 Millionen Franken. Ab 2037 werden die Forderungen aus Brüssel, wie gesagt, kaum

geringer ausfallen.⁵ So weit zur Kommunikation aus Bundesbern.

Das gesamte «institutionelle Programm»...

Was der Bundesrat «vergessen» hat zu erwähnen: Obwohl das Abkommen über den finanziellen Beitrag der Schweiz uns ausschliesslich finanzielle Milliardenbelastungen und einen Haufen administrative «Büez» aufbürdet, hat Brüssel in dessen *Teil III Institutionelle Bestimmungen* dennoch das ganze institutionelle Programm untergebracht. Da gibt es einen *Gemischten Ausschuss* (Art. 14), die Anrufung eines Schiedsgerichts im Falle der Nichteinigung der Vertragsparteien, dieses folgt, «soweit angebracht», der Rechtsauslegung «durch zuständige internationale Streitbeilegungsorgane» [EuGH, *mw*] (Art. 16 Ziff. 3.) Und es gibt die umstrittenen «verhältnismässigen Ausgleichsmassnahmen», welche eine Vertragspartei «im Rahmen des Abkommens oder eines anderen bilateralen Abkommens» gegen die andere ergreifen kann, wenn diese nicht tut wie befohlen (Art. 17 Ziff. 1). Die Abkommen, welche die EU verletzen darf,

um die Schweiz zu bestrafen, umfassen übrigens einige mehr als fünf.⁶

Für welche «Untat» könnte die Schweiz gemäss Abkommen «Finanzieller Beitrag» bestraft werden?

Da die Zahlungsmoral der Schweiz gegenüber westlichen Mächten eher übereifrig ist, stellt sich die Frage, wofür die Schweiz hier sanktioniert werden soll. Ein möglicher Streitfall könnte bei Uneinigheiten mit den begünstigten EU-Staaten entstehen. Gemäss Art. 13 des Abkommens darf die Schweiz nämlich kontrollieren, ob die Vertragspartner das Geld aus unserer Steuerkasse wie abgemacht verwenden (Ziff. 2). Andernfalls hat sie laut Ziff. 4 das Recht, «jegliche Form von Korruption bei der Umsetzung des finanziellen Beitrags der Schweiz zu bekämpfen und für wirksame Massnahmen und Verfahren zu sorgen, um [...] jegliche Handlungen, welche die ordnungsgemässe Mittelverwendung gefährden, zu verhindern, zu erkennen und dagegen vorzugehen.» Der Bundesrat nennt im Faktenblatt als mögliche Massnahme «zum Beispiel die Suspendierung von Zahlungen». Gut möglich, dass

der Regierung eines dieser Staaten die Schweizer Massnahmen nicht in den Kram passen, weil sie das Geld gerne haben will, ohne sich an die Abmachungen zu halten. Die EU-Seite im Schiedsgericht könnte dann einen passenden Entscheid des EuGH aus der Schublade zaubern, und wir werden dafür noch sanktioniert...

¹ <https://www.europa.eda.admin.ch/de/vernehmlassung-paket-schweiz-eu>

² «Abkommen zwischen der schweizerischen Eidgenossenschaft und der Europäischen Union über den regelmässigen finanziellen Beitrag der Schweiz zur Verringerung der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten in der Europäischen Union»

³ Anlage 1 Methode zur Bestimmung der Anpassung gemäss Anhang I Absatz 1 Buchstabe (B)

⁴ «Einmalige zusätzliche finanzielle Verpflichtung der Schweiz für den Zeitraum von Ende 2024 bis Ende 2029», Anhang III des Abkommens.

⁵ «Innerstaatliche Umsetzung». Bundesbeschluss Verpflichtungskredit Kohäsion, Bundesbeschluss Verpflichtungskredit Migration und Bundesbeschluss zusätzliche finanzielle Verpflichtung

⁶ Art. 3 (a) des Abkommens: Freizügigkeit, Luftverkehr, Landverkehr, Landwirtschaft, MRA, Atomprogramme, Weltraumprogramme, Strom, Gesundheit, Lebensmittelsicherheit

LESER  BRIEFE

«Nukleare Keulenschwinger»

Für die verschiedenen Artikel zum völkerrechtswidrigen Angriff auf den Iran möchte ich mich bedanken. Immer wieder wird klar, dass der Geisteszustand der kriegstreibenden Politiker gefährlich für die gesamte Weltbevölkerung ist.

Im April 2017 konnte ich an einer dreiwöchigen Reise durch den Iran teilnehmen und habe deshalb vieles zur Geschichte des Landes gelesen. Iran, Persien, gehört zur Wiege unserer Kultur und hat eine beeindruckende Kultur. Wer nur *Ajatollahs* im Blick hat, kennt die Geschichte und Kultur des Landes nicht. Zu Irans grossem Reichtum zählt das Erdöl.

Auf dem Hinflug nach Teheran sass damals eine Mitarbeiterin von *Siemens* im Flugzeug. Sie hatte viele Ordner im Gepäck. Nach dem *Stuxnet*-Virus-Anschlag auf die Urananreicherungsanlage im Jahr 2010 in Natanz hatte der Iran kein Vertrauen mehr in die digitale Kommunikation mit der Firma. Auch das gehört zur Vorgeschichte des Angriffs auf den Iran.

Im Buch «Afrika sichtbar machen» (2016), eine Essaysammlung des kürzlich verstorbenen kenianischen Autors *Ngugi wa Thiong'o*, gibt es ein Essay mit dem Titel «Der Klub atomar bewaffneter Keulenschwinger». Darin zitiert *Ngugi wa Thiong'o* den wissenschaftlichen Leiter des Manhattan Projekts, *J. Robert Oppenheimer*: «Ich bin geworden der Tod, der Zerstörer der Welten» (aus der *Bhagavadgita*). Später kommt der kenianische Autor zu der Aussage:

«Mittlerweile verfügt eine Handvoll Nationen über die Kapazitäten, die Welt mehrfach mit Atombomben zu vernichten. Sie bilden den Klub der nuklearen Keulenschwinger.» Dieser Klub lenkt die Aufmerksamkeit der Welt auf die Nationen, die keine Atomwaffen besitzen. «Als sei die Absicht, Atomwaffen zu besitzen, gefährlicher als deren tatsächlicher Besitz.»

In diesem Essay von *Ngugi wa Thiong'o* wird so deutlich, wie in den westlichen Ländern absichtlich das Denken vernebelt wird. Wenn doch die Worte von Politikern vom Gedanken des Friedens durchdrungen wären! *Zeit-Fragen* sind mir so wichtig, weil der Leser den Mut behält, dass ein friedliches Zusammenleben der Menschen möglich ist.

Margret Kleine-Pauli, Zürich

Bundesrat hebt die direkte Demokratie aus

Da Volksrechte tangiert werden, braucht dieser EU-Vertrag eine Abstimmung mit Ständemehr. Der Bundesrat hebt mit seinem Entscheid die direkte Demokratie aus. Er liefert uns EU-Richtern aus, die gerne Milliardenbussen verordnen, da ja ihre Kassen leer sind. Um die wahren Probleme zu verschleiern, stellt die EU-Führung, tief verschuldet, autokratisch auf Kriegswirtschaft um. Mitgegangen, mitgefangen. Wollen wir das? Der Bundesrat begehrt mit seinem Ent-

scheid Verrat an unserem Land, den hart erkämpften Volksrechten und unserer Souveränität. Unsere Freiheit wird geschmälert und die Wirtschaft mit EU-Vorschriften geknebelt. Eine Umkehr ist dringend notwendig. Wo bleiben die Volksvertreter, die mit einem kühlen Kopf besonnen eine echte und ehrliche Neutralitätspolitik verfolgen, die diesen Namen verdient?

Marianne Bürkli, Bronschhofen/SG

«Eklatante Schwachpunkte»

Vermutlich sollen nun die Stimmbürger erneut mit dem Trick der erdrückenden Lesemenge vom Studium des Vorschlags abgeschreckt und mit rein propagandistischen Mitteln zu einer Gutheissung veranlasst werden (ähnliches ist auch beim schwer lesbaren langen *Energiegesetz* von 2017 passiert). Drittens liest man von Befürchtungen über drohende Gegenmassnahmen der EU, wenn unser Land den Vertrag ablehnen sollte. Diese schwächliche Haltung ist eines erfolgreichen Landes unwürdig und nur mit mangelndem Selbstbewusstsein zu erklären. Viertens ist der im Vertrag vorgeschlagene Rechtsweg bei Unstimmigkeiten für uns unannehmbar, weil er den EU-Interessen letztlich ein Übergewicht verschafft. Ein Vertrag zwischen gleichgestellten Partnern sähe diesbezüglich anders aus. Fünftens hat der Bund eine keineswegs plausible Studie verbreitet, die belegen soll, dass die schweizerische Bevölkerung bei Nicht-Gutheissung des Vertragsvorschlags erhebliche finanzielle Nachteile in Kauf nehmen müsste (bei der EWR-Vorlage gab es eine ähnliche geradezu panikartige Nachteils-Propaganda, die sich schon bald als Hirngespinnst entpuppte). – Schlussbemerkung: Es ist für unsere Demokratie grundsätzlich problematisch, wenn dem Volk Vorschläge unterbreitet werden, die keine sachliche Zusammenfassung enthalten, die frei von propagandistischen Elementen ist.

Hanspeter Bornhauser, Bedano/TI

Eine Lektion in Gleichwertigkeit

von Eliane Perret

Miro – nein, das ist kein trendiger Name für Jungs – sondern ... ein Meerschweinchen, das sich darum sorgt, wie es in seiner Meerschweinchen-Gesellschaft eine bedeutsame Position einnehmen kann. «Wenn ich das Grösste von allen Meerschweinen wäre, dann würden mich alle kennen. Aber ich bin nicht gross. Schon gar nicht das Grösste. Wenn ich das Kleinste von allen Meerschweinen wäre, würden sich alle um mich sorgen. Aber ich bin nicht klein. Schon gar nicht das kleinste. Ich bin mittendrin.» Miro kann auch nicht Lieder pfeifen oder singen und auch sonst nichts Besonderes. «Ich bin mittendrin», meint er unzufrieden mit sich und der Welt.

So beginnt die Geschichte im Bilderbuch von Lorenz Pauli und Kathrin Schärer. «Das Beste überhaupt. Meerschwein sein», heisst der sinnige Buchtitel. Ist damit nicht ein

macht haben. Spontan gehen mir da einige unserer Politiker (*äxgüsi* auch Politikerinnen) durch den Kopf, die sich immer wieder mit Extravaganzen, Überheblichkeit oder chamäleonartigem Anpassertum statt mit Sachkenntnis und Verantwortungsgefühl hervortun. Vergleichbar mit *Gloss*, einer Meerschwein-Kollegin von Miro, die auf ihrem Weg zur Siegerkür die anderen überholt und zu einem vermessen, man könnte sagen leichtsinnigen Sprung über einen Bach mit wildem Wasser und rutschigen Steinen ansetzt – und sich dabei am Bein verletzt. Nun ist sie im besten Fall noch eine sportliche Dreibeinerin, wie ihre Kollegin feststellt und die anderen zu gemeinsamem, umsichtigem Tun anregt. Gemeinsam, vorsichtig von Stein zu Stein turnend und sich gegenseitig unterstützend, kommen alle langsam, aber trocken und sicher ans andere Ufer (und

weia! Sind solche Irrwege im heutigen Politik-Dschungel nicht üblich – auch wenn sie gut vertuscht werden. Da nehmen sich zum Beispiel einige heraus, ihre Wähler an der Nase herumzuführen (als Diener des Volkes notabene) und ihnen einen Weg schmackhaft zu machen, der ins Dickicht führt, zum Beispiel ins Dickicht der Europäischen Union. Das ist fast so dumm (oder durchtrieben) wie *Litze*, die nun vorgibt, die anderen aus ihrer prekären Situation zu retten, indem sie den Jaguar in den Schwanz beisst. Von ihm abgeschüttelt verliert sie ihre Zähne. Ihre nun zahnlose Sprache ist nur noch schwer verständlich, und trotzdem behauptet sie: «Iff habe das Monster befiegt. Iff bin der Mutigste überhaupt!» Ja, manche verwechseln Dummheit mit Mut. Auch da kommen mir einige Exponentinnen auf der politischen Bühne in den Sinn.



ISBN 978-3-7152-0666-0

märchenhaft falsches Bild von sich zeichnen. Fast könnte man meinen, sie hätten zuvor ein Briefing bei einem Kommunikationsberater in der Propagandaabteilung gehabt (wie es heute bei vielen Politikern üblich ist). Doch – wäre Einsicht wirklich so schwierig? Oder ist sie etwa gar nicht gewollt? Das fragt man sich oft bei einem Blick auf den Laufsteg der «Politstars».

Ich will mittendrin sein. Wir alle sind mittendrin!

Es ist verständlich, Raff wird die Grosstueri seiner Meerschwein-Kolleginnen sichtlich zuviel, und so fragt er schliesslich Miro nach seinen besonderen Leistungen. «Ich kann nichts besonders gut. Ich habe hier geholfen und da mitgemacht, habe mir Mühe gegeben und war einfach mittendrin.» – Stille. Ein Nachdenken setzt ein, endlich: Aber er hat uns doch allen geholfen, er war immer da, wenn wir leichtsinnig und verantwortungslos waren. Er tut, was er kann und so gut er es kann! Das Beste, was man tun kann. So die Einsicht aller, und Miro staunt: Plötzlich ist ER gewählt. Der Weg zum Thron ist frei für ihn, und er hat einen Wunsch offen. Er will das gar nicht, er will nicht allein oben auf dem Gewinnerstein ausharren und sagt: «Ich will das Beste überhaupt: Ich will mittendrin sein. Wir alle sind mittendrin.» Das gibt es zu feiern – gemeinsam. Was nun? Würde man diese Erfahrung nicht all jenen wünschen, die sich heute hervortun, besonders schön, besonders klug, besonders mutig zu sein – getrieben von überhitztem Ehrgeiz und Machtgier? Und bis sie endlich so weit sind? Vielleicht könnten sie sich von Meerschweinchen Miro beraten lassen ...

PS. Das tief sinnige und schön gestaltete Buch von Lorenz Pauli (Text) und Kathrin Schärer (Illustrationen) ist allen, speziell auch Eltern und Lehrpersonen wärmstens zu empfehlen: Das Beste überhaupt. Meerschwein sein.



Vorsichtig turnen die Meerschweinchen von Stein zu Stein über den Bach. Sie wissen, dass es auf jeden ankommt. Sich gegenseitig unterstützend kommen alle heil ans andere Ufer. (Ausschnitt aus einer der Illustrationen im Buch)

Menschheitsproblem angesprochen? Was braucht es vom einzelnen Menschen für das Zusammenleben in der Menschheitsfamilie, gleichwertig und doch nicht gleich? Oder auch: Welchen Anforderungen müssen Verantwortungsträger auf unserer Welt genügen, damit sie zu einem gleichwertigen Zusammenleben beitragen – heute dringender denn je?

Denn wie sieht die Welt heute aus?

Ein bisschen so, wie bei Miro und seinen Kameraden. Für sie steht nämlich die jährliche Wahl des besten Meerschweins an. Miro hätte es fast vergessen und eilt den anderen hinterher, die sich – von Ehrgeiz und dem Wunsch herauszuragen getrieben – schon auf den Weg ge-

helfen sogar der hinkenden *Gloss*).

Auch hier – mancher mag es irrtümlicherweise gesucht finden – liegt der Vergleich mit grossmäuligen Politikern nicht fern, die sich hervortun und versuchen, mit verantwortungslosem Gehabe sich ins Zentrum und andere in den Schatten zu stellen – die Besonnenen, Nachdenkenden!

So klug wie ich ist niemand

Genau wie *Pfulme*, der von sich denkt, dass niemand so klug sei wie er und der den anderen eine Abkürzung vorschlägt – nur landen sie so im dichten Gebüsch und befinden sich plötzlich vor einem schlafenden Jaguar. Au-

Ist Einsicht so schwierig?

Manche kommen jedoch zur Einsicht, wie *Raff*, der letztjährige Gewinner des Meerschweinchen-Concours, der gelangweilt, einsam und faul auf seinem Thron sitzt und sichtlich froh ist, dass sein Jahr als bestes Meerschweinchen sich zu Ende neigt. Nun muss er sich aber noch anhören, was alle Besonderes getan haben. Ja, sie haben ihre peinlichen Heldentaten «vergessen», flunkern oder, besser gesagt, lügen munter drauf los und präsentieren sich als besonders mutig, besonders klug oder auch besonders schön. Geradezu prädestiniert als Meerschweinchen des Jahres. Wer sie kennt, weiss, dass sie ein

Zeit-Fragen

Zeitung für freie Meinungsbildung,
Ethik und Verantwortung,
für die Bekräftigung und Einhaltung
des Völkerrechts, der Menschenrechte
und des Humanitären Völkerrechts

Herausgeber: Genossenschaft Zeit-Fragen

Chefredaktion: Erika Vögeli

Redaktion und Inserate:

Zeit-Fragen, Postfach 247

CH-9602 Bazenheid

E-Mail: redaktion@zeit-fragen.ch

abo@zeit-fragen.ch

Internet: www.zeit-fragen.ch

Druck: Druckerei Nüssli, Mellingen AG

Jahresabonnement: Fr. 168.–/ Euro 108.–

Das Abonnement verlängert sich automatisch um ein Jahr, wenn vor Ablauf keine Kündigung erfolgt.

CH: PostFinance, BIC POFICHBEXXX

IBAN CH91 0900 0000 8764 4472 4

D: VR Bank Tübingen eG, BIC GENODES1VBH

IBAN DE09 6039 1310 0067 5170 05

A: Raiffeisen Landesbank, BIC RVVGAT2B

IBAN AT55 3700 0001 0571 3599

Die Redaktion freut sich über Zuschriften von Lesern. Sie behält sich aber vor, gegebenenfalls Texte zu kürzen.

© 2025 für alle Texte und Bilder bei der Genossenschaft Zeit-Fragen. Abdruck von Bildern, ganzen Texten oder grösseren Auszügen nur mit Erlaubnis des Verlages oder der Redaktion, von Auszügen oder Zitaten nur mit ausdrücklicher Kennzeichnung der Quelle Zeit-Fragen, Bazenheid.

Kongress «Mut zur Ethik» vom 29. bis 31. August 2025 in der Schweiz

Vernunft und Menschlichkeit

(mit Referenten aus Europa und Übersee)

Europäische Arbeitsgemeinschaft



Mut zur Ethik

«Denken heisst die Annäherung
des Gedankens ans Allgemeinmenschliche.»

Tschingis Aitmatow

In den vergangenen Jahren hat sich die Welt radikal verändert.

Den Kräften, die noch immer nach Vorherrschaft streben, stehen andere gegenüber, die an einer Welt- und Friedensordnung auf der Grundlage von Gleichwertigkeit und Gleichberechtigung arbeiten.

Das Streben nach Vorherrschaft hat einen hohen Preis: Vernunft und Menschlichkeit bleiben dabei auf der Strecke. Fremd- und Eigengefährdung gehen Hand in Hand.

Dies scheint insbesondere der nach wie vor imperial orientierte Teil der Welt (noch) nicht begriffen zu haben. Statt dessen vergisst er die Schätze der humanistischen Tradition, die Idee des Bonum commune – eines guten Lebens für alle. Wir vermissen eine Ethik des Miteinanders. Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Völkerrecht werden geschleift. Kriegstreiberei verdrängt Friedensfähigkeit. Niemand übernimmt wirklich Verantwortung.

Um so wichtiger ist ein Umdenken bzw. eine Rückbesinnung auf kulturelle Traditionen, die sich im Zusammenleben der Menschen und Völker bewährt haben.

Vernunft und Menschlichkeit sind dabei zentral.

unter anderen mit:

Dr. Srđan Aleksić (RS), Patrik Baab (D), Dr. Matin Baraki (D), lic.phil. Ralph Bosshard (CH), Prof. Dr. Stanislas Bucyalimwe (B), Nicole Duprat (F), Moritz Enders (D), Dr. Hannes Hofbauer (A), H.E. Botschafter Aliaksandr Ganevich (BY), Prof. Dr. Tomasz Kazmierski (PL/GB), Prof. Dr. Andrea Komlosy (A), Dr. Alexander Kouzminov (NZ), Joe Lauria (USA), Patrick Lawrence (USA), Karin Leukefeld (D), Dr. Cara Marianna (USA), Florian Pfaff (D), Monique Raemy (CH), Dr. René Roca (CH), Jochen Scholz (D), Dr. h.c. Hans-Christof von Sponeck (D), Prof. Dr. Heinrich Wohlmeier (A).

Informationen und Anmeldung:
E-Mail: mze@mut-zur-ethik.ch